



**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 25. Januar 2007
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.10 Uhr**

Anwesend sind: 45 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Timur Acemoglu, 2. Dr. Markus Ammann, 3. Ursula Amsler Celidonio, 4. Marion Bachmann, 5. Rolf Braun, 6. Lukas Derendinger, 7. Werner Good, 8. Brigitte Kissling, 9. Trudy Küttel Zimmerli, 10. Rudolf Moor, 11. Markus Oegerli, 12. Luzia Stocker Rötheli, 13. Dr. Arnold Uebelhart, 14. Dieter Ulrich, 15. Lea von Wartburg, 16. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp, 6. Stefan Nünlist, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Andreas Schibli, 10. Rolf Schmid, 11. Arthur Spring, 12. René Wernli, 13. Christian Wüthrich, 14. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Antonia Hagmann, 2. Daniel Joss, 3. Patrick Kissling, 4. Nadja Rhiner, 5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Rudolf Lutz, 3. Rolf Sommer, 4. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Candidus Waldispühl

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber



Ferner anwesend:

Roland Giger, Rektor

Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion

Christian Winiger, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:

Georg Dinkel

Heidi Ehram

André Köstli

Anna Engeler

Jonas Hertner

Vorsitz: Stefan Nünlist

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Mitglieder des Gemeindeparkaments/Demissionen
3. Aufnahme und Vereidigung von drei neuen Parkamentsmitgliedern
4. Geschäftsprüfungskommission/Demissionen und Ersatzwahlen
5. Jugendkommission/Demission
6. Dringliche Motion Heinz Eng (FdP-Fraktion) betr. Wiederinbetriebnahme Bassin Kindergarten Bifang-Schulhaus 08/Frage der Dringlichkeit
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 7.1. (Geschäft Nr. 2006.023) Dringliche Motion Heinz Eng (FdP-Fraktion) betr. Wiederinbetriebnahme Bassin Kindergarten Bifang-Schulhaus 08 (bei Bejahung der Dringlichkeit)
 - 7.2. (Geschäft Nr. 2006.009) Motion Brigitte Kissling (SP-Fraktion) betr. übergeordnete Schulraumplanung (eingereicht am 11.05.2006/neu traktandiert)
 - 7.3. (Geschäft Nr. 2006.011) Postulat Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. mehr individuell nutzbares Bauland für Familien und Mittelstand (eingereicht am 29.06.2006/neu traktandiert)
 - 7.4. (Geschäft Nr. 2006.017) Postulat Patrick Kissling (CVP/EVP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Trauzimmer (eingereicht am 27.09.2006/neu traktandiert)
 - 7.5. (Geschäft Nr. 2006.007) Interpellation Lukas Derendinger (SP-Fraktion) betr. Schulsozialarbeit (eingereicht am 11.05.2006/neu traktandiert)
 - 7.6. (Geschäft Nr. 2006.015) Interpellation Ursula Amsler Celidonio und Lukas Derendinger (SP) und Mitunterzeichnende betr. Gender-Situation in der Stadtverwaltung (eingereicht am 27.09.2006/neu traktandiert)

* * *



Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich begrüsse Euch zu unserer ersten Sitzung im Jahr 2007. Mit Start um 20.00 Uhr und Pause vor der Sitzung haben wir einen etwas komischen Sitzungsbeginn. Da nur wenige Traktanden vorliegen, haben wir den Sitzungsbeginn auf 20.00 Uhr verschoben, so dass wir um 19.00 Uhr diese Information der Fachhochschule haben durchführen können. Eine Pause haben wir gemacht, damit wir nicht vorher haben beginnen müssen, weil die Presse erst auf 20.00 Uhr eingeladen worden ist. Es ist uns ein Anliegen, dass Philipp Wyss bei unseren Sitzungen dabei ist. Ihr habt die Traktandenliste erhalten. Wir werden entsprechend vorgehen.

* * *

Mitteilungen

Totenehrung

Anfangs Januar ist Regierungsrat Rolf Ritschard verstorben. Er ist unserer Stadt sehr, sehr verbunden gewesen und wir werden uns nachher im Andenken an sein Leben kurz erheben.

Ebenfalls verstorben ist Erich Zimmermann. Er ist von 1973 bis 1985 ein Gemeinderatskollege von uns gewesen.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 22. November 2006 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Informatik, neue Stelle/Bewilligung
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Alte Turnhalle Bifang, Sanierung und Erneuerung/Kreditbewilligung
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Budget 2007/Genehmigung
(*Beschluss Ziffern I./1. bis I./6.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 28. November 2006 und die Referendumsfrist ist am 27. Dezember 2006 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 27. und 28. September 2006 ist vom Büro am 8. Januar 2007 definitiv genehmigt worden.

* * *

Rücktritt Rolf Sommer aus SVP-Fraktion

Ihr habt die Mitteilung erhalten, dass Rolf Sommer offiziell als Mitglied der SVP-Fraktion zurückgetreten ist.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Motion Heinz Eng (FdP-Fraktion) betr. Wiederinbetriebnahme Bassin Kindergarten Bifang-Schulhaus 08
- Motion Stephan Hodonou (EVP) betr. Aufnahme von Fusionsgesprächen mit den Nachbargemeinden Olten
- Interpellation Rolf Schmid (FdP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. EURO 2008 – willkommen in Olten
- Interpellation SP-Fraktion betr. Investitionen
- Postulat Roland Rudolf von Rohr (CVP) und Mitunterzeichner betr. Überdachung des Schwimmbades Olten
- Motion Werner Good (SP-Fraktion) betr. Anschaffung neue Orgel Abdankungshalle Friedhof Meisenhard
- Interpellation Werner Good (SP-Fraktion) betr. Coop-City-Event
- Interpellation Rolf Sommer (SVP-Fraktion) betr. Disziplinaruntersuchung gegen den Feuerwehrkommandanten
- Motion Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichner betr. Abschaffung der „Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann“

Ihr seht, über Weihnachten ist viel gearbeitet worden. Das hat man davon, wenn es keinen Schnee hat und man nicht skifahren kann.

* * *

Fraktionserklärung FdP

Rolf Schmid: Ich möchte ganz kurz eine Fraktionserklärung zur von uns eingereichten Interpellation abgeben. Ich weiss, dass dies nicht üblich ist, und wir haben darauf verzichtet, diese als dringlich zu erklären, weil sie verschiedene Facetten enthält. Es geht in der Interpellation um die Euro 2008. Sie findet ja im Juni 2008 statt und insbesondere in den Städten Bern, Zürich, Basel und Genf werden Länderspiele durchgeführt. Wir gehen davon aus, dass von dieser Euro 2008 auch Olten betroffen sein wird. Wenn ich betroffen sage, meine ich dies eigentlich im positiven Sinn. Wir liegen geografisch von drei Austragungsorten mittendrin und es ist davon auszugehen, dass einerseits die Oltnerninnen und Oltnern natürlich diese Euro feiern werden, aber andererseits auch, dass wir während dieser Zeit Gäste werden empfangen können. Unsere Interpellation betrifft die verschiedensten Aspekte, welche die Euro 2008 für Olten mitbringt, beispielsweise im Bereich Standortmarketing, wie wir diese Euro für Olten nützen können, beispielsweise zum Thema, wie Private und das Gewerbe sich einbringen

können, wie es mit der Infrastruktur, der Sicherheit und dem Verkehr aussieht. All diese Fragen, sollten aus unserer Sicht rund um die Euro 2008 in Olten berücksichtigt und diskutiert werden. Der Grund der Fraktionserklärung ist eigentlich, dass es auch eine Passage gibt, die eine gewisse Dringlichkeit hat. Das betrifft das Thema Public-Viewing oder was man bei der WM letztes Jahr auch als Fanmeile betitelt hat. Ihr habt wahrscheinlich gestern und heute den Medien entnehmen können, dass die Euro-Organisatoren 17 Städte festgelegt haben, in denen sogenannte Public-Viewing-Arenen installiert werden sollen, also öffentliche Arenen, wo die Leute diese Fussballspiele sehen können, wo entsprechend auch ein Dorf mit Ständen darum herum ist und – ich glaube, man darf dies sagen – eine rechte Party sein sollte. Wir glauben, dass Olten eigentlich ein sehr geeigneter, ja eigentlich prädestinierter Standort für eine solche Public Viewing-Arena wäre, haben aber dann gestern feststellen müssen, dass Olten nicht zu diesen ersten 17 ausgewählten Städten gehört. Das finden wir sehr schade. Es bleibt aber noch ein Hoffnungsschimmer, nämlich derjenige, dass man sich bei den Organisatoren weiter bewerben kann, damit die Stadt ein solcher Public-Viewing-Standort wird. Wir möchten eigentlich mit der Interpellation, aber jetzt vor allem auch mit dieser Fraktionserklärung anregen, dass der Stadtrat dies aufnimmt und sich für Olten bewirbt. Wie ich gehört habe, laufen hier bereits erste Aktionen in diese Richtung. Wir möchten dies einfach unterstützen. Ich glaube wirklich, dass dies eine ganz tolle Sache wäre, sowohl für die Oltner Bevölkerung als auch für die Stadt aus Sicht Gewerbe, Tourismus, wenn wir hier als Public-Viewing-Standort gewählt würden. In diesem Sinne besten Dank, dass ich dies rasch habe los werden dürfen. Wir haben damit nicht bis zur Beantwortung der Interpellation warten wollen, weil es eine gewisse Dringlichkeit hat.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist eigentlich auch aussergewöhnlich. Es ist nämlich niemand persönlich angegriffen. Nur deshalb könnte eine Replik auf eine solche Erklärung erfolgen. Aber ich möchte einfach, dass dies hier auch gesagt ist, weil es eine Information ist, bei der sie absolut das Recht haben, sie zu erfahren. Erstens: Ein Kompliment an das Oltner Tagblatt. Es hat heute im Text auch fettgedruckt geschrieben: „Olten bleibt am Ball im wahrsten Sinne des Wortes“. Das ist wörtlich zu nehmen. Wir haben im November letzten Jahres von der Aktion der UBS Public-Viewing mitbekommen. Über das Bundesamt für Sport und die zuständigen Stellen haben wir die Unterlagen beschafft. Wir haben anfangs Dezember im Stadtrat diese Diskussion geführt und haben – das ist aus den Medien hervorgegangen – Herrn Thomas Heimann als unseren Koordinator mit einem Mandat beauftragt, die Aktion Euro 08 für den Stadtrat - für die Stadt Olten - zu evaluieren, vorzubereiten und zur Entscheidung die nötigen Grundlagen zu erarbeiten. Thomas Heimann ist der Direktor der Sportpark AG, ein Ingenieur mit abgeschlossenem Sportmarketing- und Management-Studium, also eine prädestinierte Persönlichkeit. Er ist bereits eine Woche nach seiner Ernennung an der ersten grossen Tagung in Magglingen gewesen und hat dort die Anwartschaft von Olten deklariert. Er hat auch die Anmeldung für Public-Viewing gemacht. Gestern fand die Medienkonferenz statt, zu der er eingeladen wurde. Er ist selber eingeladen gewesen. Es sind nämlich 31 Städte eingeladen gewesen. Es ist nicht ganz richtig, lieber Rolf Schmid: „Es wurde nicht festgelegt“, sondern man hat mit einem Zirkel wörtlich einmal Kreise um die drei Zentren Basel, Bern und Zürich und dann natürlich auch Genf gemacht und geschaut, wie die Agglomerationen definiert sind. Aus den Agglomerationen hat man eine Stadt heraus genommen und sinnigerweise immer, wenn es eine Hauptstadt gewesen ist, eben eine Hauptstadt. Um ganz konkret zu sein: Aarau ist eine Hauptstadt in unserer Agglomeration. Es ist nichts festgelegt. Man hat einfach nur einmal 17 definiert und noch keine einzige davon hat auch nur ein Programm abgegeben. Man hat sich nur angemeldet. Wenn sie vorgestern fern gesehen haben, haben Sie mitbekommen, wie die Stadt Baden zwar sogenannt definiert worden ist, aber jetzt schon grösste Bedenken vorliegen: Wie bewältigen wir dies in unserem kleinen, engen Raum, in dem wir es machen wollen, wenn hier 10'000 Personen kommen? Das sind Sachen, die geklärt werden müssen. Wir sind schon einen Schritt weiter. Wir haben eigentlich die Dossiers hier, die wir nächste Woche mit dem Stadtrat besprechen und rechtzeitig – das ist klar definiert – eingeben werden. In diesem Sinne ist, wie richtig gesagt worden ist, überhaupt noch nichts entschieden. Wir können nicht garantieren, dass Olten dann Standort wird. Ich glaube, wir hätten auch die Möglichkeit, dies an einer Stelle

zu positionieren. Es ist eigentlich etwas anderes als nur eine Fanmeile. Es ist eigentlich ein Stadion in der Stadt. Eine Tribüne mit Grossleinwand, die gedeckt ist usw., mit 8'000 bis 10'000 Zuschauern. Ich muss denjenigen, die Aarau gut kennen, nicht erklären, wie Aarau mit einer Pferderennbahn, wo die Infrastruktur vorhanden ist, natürlich perfekt für so etwas geeignet ist. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Einfach, damit Sie etwas den Inhalt sehen. Wir sind am Ball und werden selbstverständlich laufend informieren, genau gleich wie wir auch sofort informiert haben, dass wir Herrn Heimann für solche Sachen bestimmt haben. Ich möchte noch sagen, dass Herr Heimann auch klärt, was innerhalb respektive was vor dieser Veranstaltung Euro 08 stattfinden kann. Es muss nämlich nicht nur genau dann, wenn es anfängt bis es fertig ist, etwas sein. Es können durchaus im Vorfeld Aktionen laufen, die vom Fussballverband, von den Medien, von Sponsoren angeboten wird, um die Bevölkerung, die Jugend beispielsweise, in ein solches Ereignis einzubeziehen. Was ich auch ganz klar deklarieren möchte: Wir wollen keinen Wildwuchs in dieser Stadt. Herr Heimann hat auch klar den Auftrag zu klären, wo was stattfinden kann, nicht, dass überall irgend etwas stattfindet. Olten ist in dieser ganzen Situation Euro 08 der Dreh- und Angelpunkt des öffentlichen Verkehrs, weil wir genau in der Mitte von Basel, Zürich und Bern liegen. Die Zuschauermassen – und es sind solche – sind nicht nur Schweizer. Sie kommen auch aus dem Ausland, um ihre Nationalmannschaften zu unterstützen. Sie drehen sich zu einem grossen Teil auf dem Bahnhof Olten und steigen in entsprechende Züge ein. Ich kann Ihnen sagen, dass wir auch im Sicherheitsbereich ein Zentrum sind. Sie wissen ja, dass der aktuelle Polizeikommandant, der sich noch im Amt befindende Martin Jäggi, der oberste Sicherheitschef der Euro 08 ist. Diese Information haben wir natürlich auch. Ich darf Ihnen zur Kenntnis bringen, ohne dass wir schon alles beantwortet haben: Wir bleiben am Ball.

Beilage:
Vorstosstexte

Dringliche Motion „Wiederinbetriebnahme Bassin Kindergarten Bifang-Schulhaus 08“

Ort/Datum: Olten, 13.12.2006

Motionär: Heinz Eng / FDP-Fraktion Stadt Olten

Der Stadtrat wird beauftragt folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Das brachliegende Bassin beim Kindergarten Bifang-Schulhaus steht spätestens auf die Badesaison 2008 den Kindergärten der Stadt Olten wieder zur Verfügung.
2. Der Stadtrat projektiert und vollzieht die anstehenden Umbau- bzw. Renovationsarbeiten unter Einbezug des Rektorats und der Schulhausleitungen an Schulen mit Kindergärten.
3. Der finanzielle Mittelbedarf wird im Budget 08 in der Investitionsrechnung eingestellt.
4. Der Stadtrat stellt den Betrieb und Unterhalt des Bassins sicher.

Begründungen:

1. Mit dem Umbau des Kindergartens Bifang im Jahre 2005 ist ein wahres „Bijoux“ gelungen. Leider wurde dabei das zum Kindergarten gehörende Bassin betreffend Renovation „ausgeblendet“. Bis dato durften sich sicher einige Generationen von Kindergartenschüler der Stadt Olten dieses Beckens an heissen Sommertagen erfreuen. Auch dem Motionär ist das Bassin aus seiner Kindergartenzeit (1966) in bester Erinnerung. Die Schliessung bzw. Brachlegung des Bassins ist nicht ganz nachvollziehbar.
2. Das Angebot über ein Bassin zu verfügen, ergibt für die Kindergärten der Stadt Olten einen Mehrwert. Es ist unbestritten, dass mit der Badeanstalt bereits ein entsprechendes Angebot besteht. Aus Kontakten und Gesprächen mit Eltern von Kindergartenschüler wird aber argumentiert, dass der Besuch der Badeanstalt mit Kindern eine permanente Beaufsichtigung der Kinder verlange und oftmals aus Zeitgründen der „Badi-Besuch“ nicht immer wie gewünscht stattfinden könne. Des Weiteren kann es in der „Badi“ auch gefährlich sein für die dort badenden Kleinkinder. Das in Rede stehende Bassin sei deshalb eine wünschenswerte Alternative und würde sicherlich den Kindern viel Freude bereiten.
3. Ein „schulischer“ wie öffentlicher Badebetrieb verlangt heutzutage gewisse Normen. Die vorhandenen Installationen genügen wohl kaum mehr dem aktuellen Stand der Technik (Leitungen, Wasserqualitätskontrolle, Hygiene usw.). Auch Duschen und evtl. Umkleidekabinen fehlen gänzlich. Diese Faktoren werden Gegenstand der Planungs- und Projektierungsphase sein. Andererseits wird hiermit klar festgehalten, dass die Wiedereröffnung des Beckens kein teures „Luxus-Projekt“ sein solle. Alles soll in einem verhältnismässigen Rahmen erfolgen. Vielleicht ist auch die saisonale Aufstellung eines „Pools“ mit entsprechenden mobilen Duschen eine Variante. Diese Überlegungen müssen auch in die Analyse einfließen.
4. Dass Rektorat wirbt mit dem Ziel, dass alle „4.-Klässler“ der Stadt Olten schwimmen können. Im besagten Bassin können keine Schwimmkurse

stattfinden. Seinen Zweck als „Wasserangewöhnungsbecken“ würde es aber erfüllen.

5. Nachfolgend stichwortartig nochmals die nachhaltigen Argumente pro Bassin Kindergarten Bifang aufgelistet:

- Frühe Wassergewöhnung in vertrauter Umgebung möglich.
- Bewegungsabläufe können trainiert werden, erste Schwimmversuche möglich.
- Kontakte mit anderen Kindergartenkinder, da das Bassin für alle Kindergärten offen steht bzw. benutzt werden kann und soll.
- Als Ergänzung zu nur einer Lektion Turnunterricht in einer Turnhalle; der Tendenz zu Bewegungsmangel bei Kindern wird damit entgegengewirkt.
- Für Kindergartenkinder stehen Schulsport und Ähnliches nicht zur Verfügung.
- Für alle offen, also auch für Mädchen anderer Religionen, die sonst nie in die „Badi“ dürfen.
- Das Baden kann auch in die Sportwoche integriert werden.
- Das Baden trägt auch in hohem Masse zum Erlernen der Sozialkompetenz bei.
- Ist Basis für den Schwimmunterricht ab erster Klasse im Lernschwimmbecken Säli.
- Eignet sich auch speziell für den Kindergarten Florastrasse, der über keinen Aussenspielfeld verfügt.

6. Sollte die Planungsanalyse ergeben, dass die Inbetriebnahme des Beckens bereits schon auf Sommer 2007 möglich wäre, würde dies allseits begrüsst und dem Stadtrat hier und jetzt schon entsprechend verdankt.



Heinz Eng

FDP-Gemeinderat, Stadt Olten

Dringliche Motion: „Aufnahme von Fusionsgesprächen mit den Nachbargemeinden Olten“

Ort/Datum: Olten, 16. Januar 2007

Motionär: Stephan Hodonou, EVP Olten

Der Stadtrat wird beauftragt folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Der Stadtrat nimmt unverzüglich das Gespräch mit den angrenzenden Gemeinden **insbesondere aber mit der Gemeinde Trimbach** auf und klärt ab, inwieweit eine oder mehrere Gemeinden zu einer Fusion mit der Stadt Olten bereit wären.
2. Der Stadtrat klärt ab, welche Synergien und Vorteile sich aus einer Fusion mit einer angrenzenden Gemeinde ergeben. Er klärt des Weiteren die Risiken einer Fusion für die Stadt Olten ab.
3. Der Stadtrat klärt die Unterstützung und Mitwirkung von Seiten des Kantons für eine Fusion ab.
4. Der Stadtrat projiziert und vollzieht konkrete Schritte für eine Fusion mit einer Nachbargemeinde Olten, falls diese eine Bereitschaft zur Fusion signalisiert.
5. Der finanzielle Mittelbedarf wird in das Budget 08 aufgenommen.

Begründungen:

1. Die strukturellen Veränderungen in der Region (z. B. Schulreform Sek I oder Zusammenarbeit in Sozialkreisen) legen nahe, dass wenn eine Fusion ins Auge gefasst wird, diese möglichst bald geplant werden muss, um Synergien effizient nutzen zu können.
2. Olten hat klar Zentrumsfunktion in der Region und trägt Lasten, von denen die umliegenden Gemeinden auch profitieren. Immer mehr werden Aufgaben (Sozialämterkreise, Schulkreise, Verkehrsplanungen ERO) regional gelöst. Eine Fusion gibt in dieser Situation der Stadt Olten mehr Spielraum als eine Kooperation oder ein Verbund. Die Entscheidungswege werden kürzer und die Strukturen schlanker.
3. Die zunehmende Professionalisierung vieler Aufgaben überfordern kleinere Gemeinden mehr und mehr. Bereits heute schauen die Nachbargemeinden nach Olten.
4. Olten arbeitet insbesondere mit der Gemeinde Trimbach eng zusammen. Als Beispiel sei hier der Einkauf der Wasserversorgung durch die Sbo oder die Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungszentrum genannt. Die Gemeindegrenze zwischen Olten und Trimbach wäre ohne Strassenschild von blossen Auge nicht erkennbar. So wird z. B. das Kantonsspital nach der Stadt Olten benannt, obwohl der grösste Teil des Krankenhauses auf Trimbacher Boden steht.
5. Die Gemeinde Trimbach ist zwischen dem Hauenstein und Olten eingeschlossen und hat daher ein natürliches Interesse, mit Olten zusammen zu wachsen. Olten könnte aufgrund seiner finanziellen Lage aus einer Position der Stärke verhandeln und wäre ein starker Partner. Die Gemeinde Trimbach böte der Stadt Olten zusätzliches Bau- und Industrieland. Sie würden sich ideal ergänzen.

6. Zusammen mit Trimbach wäre Olten klar die grösste Stadt des Kantons und der Region. Olten könnte sich noch mehr als wichtiges Verkehrszentrum bzw. als wirtschaftliche Leadstadt vermarkten. In den Umwälzungen innerhalb der Oberstufenreform erhielte Olten einen grösseren Handlungsfreiraum.
7. Das erfolgreiche Beispiel der Fusion zwischen Jona und Rapperswil, hat gezeigt, dass eine Fusion die wirtschaftliche Position einer Stadt stärkt und sich ihre Wahrnehmung überregional vergrössert.
8. Es gibt auch kantonale Beispiele erfolgter Fusionen wie z. B. die neue Gemeinde Erlinsbach. Die Gemeinden Däniken und Walterswil erwägen ebenfalls eine Fusion. Der Fusionsdruck wird in Zukunft zunehmen. Die Stadt Olten sollte in diesem Prozess einen aktiven Part einnehmen und nicht erst reagieren, wenn „alle Karten schon gemischt sind.“
9. Der Kanton fördert Gemeindefusionen mit einem Betrag von bis zu SFr. 500'000.-. Auf der kantonseigenen Homepage wirbt der Kanton für Fusionen mit folgenden Worten (Stand 15. Januar 07): *„Der Zusammenschluss zwischen Gemeinden ist heute üblicher geworden und bringt viele Vorteile und praktisch keine Nachteile. Der technische Ablauf ist viel einfacher als man vermuten würde.“*
10. Die Stadt Olten sollte aus ihrer eigenen Geschichte die entscheidenden Lehren ziehen. Vor Jahren suchten die Gemeinden Starrkirch und Wil eine Annäherung an die Stadt Olten. Aus Kostengründen, man scheute fällige Investitionen, liess man damals davon ab. Heute wäre die Stadt Olten froh um die guten Steuerzahler und das wertvolle Bauland der mittlerweile fusionierten Gemeinden Starrkirch-Wil. Deshalb sollte die Stadt in der jetzigen Zeit des Umbruchs einen mutigen Schritt vorwärts machen und die Fusion mit den umliegenden Gemeinden suchen. Ganz nach dem Grundsatz: „Gouverner c'est prévoir.“



Stephan Hodonou
EVP-Gemeinderat Olten

INTERPELLATION

EURO 2008 – willkommen in Olten.

Vom 7. - 29. Juni 2008 wird die Schweiz, gemeinsam mit Österreich, die Fussball-Europameisterschaft 2008 austragen. Ein sportliches Highlight und ein Grossereignis. In der Schweiz wird es in den Städten Zürich, Bern, Basel und Genf Länderspiele geben. Aber auch Olten wird vom EM-Fieber erfasst werden. Nicht nur weil viele Oltnerninnen und Oltnern fussballbegeistert sind, sondern auch weil unsere Stadt aufgrund ihrer hervorragenden geografischen Lage – genau im Zentrum von drei Austragungsorten – möglicherweise von vielen ausländischen Gästen und Fussball-Fans besucht und vielleicht gar als Ort für Übernachtungen genutzt wird. Dies ist für Olten eine Chance. Die EURO 2008 soll auch in Olten ein tolles Fest werden. Es drängen sich deshalb bereits heute ein paar Fragen auf, um deren Beantwortung der Stadtrat gebeten wird.

Frage 1: Grundsätzlich

Erachtet der Stadtrat die EURO 2008 als eine Chance für Olten und falls ja, wie möchte er diese nutzen? Wie kann Olten nachhaltig von der EURO 2008 profitieren?

Frage 2: Standortmarketing

Wie gedenkt der Stadtrat den EURO-Besuchern Olten attraktiv zu präsentieren, sie hierher einzuladen und Olten als Ort für Übernachtungen und die Zeit zwischen den Spielen anzupreisen? Sind spezielle Aktionen geplant? Wie kann Olten die EURO 2008 für Standortmarketing nutzen?

Frage 3: Ein Fest für die Bevölkerung von Olten (Public Viewing)

Ausser in den vier Austragungsorten werden in rund 17 weiteren Städten so genannte „Public Viewing“-Zonen (oder „Fan-Meilen“) eingerichtet. Bis spätestens Mitte Jahr sollen die Standorte feststehen. Bisher zählt Olten nicht zu den ausgewählten Orten, dabei wäre unsere Stadt prädestiniert für einen solchen Anlass. Es ist immer noch möglich sich als „Public Viewing“-Standort zu bewerben. Dies muss jetzt dringend und mit Nachdruck geschehen. Beabsichtigt der Stadtrat Olten als Bewerberin für einen „Public Viewing“-Standort anzumelden? Wie gedenkt der Stadtrat in dieser Sache vorzugehen, so dass die Bewerbung erfolgreich ist?

Frage 4: Aktionen von Gewerbe und Privaten (Privat Public Partnership)

Es ist nicht Aufgabe der Stadt unternehmerische Risiken einzugehen und selber Anlässe und Feste durchzuführen. Deshalb sollen private Initianten und das Gewerbe motiviert werden aktiv zu werden. Planen diese während der EURO 2008 besondere Aktionen für die Öffentlichkeit, so sind sie auf das Wohlwollen und die Unterstützung der Behörden angewiesen. Zudem braucht es für ein geordnetes EURO-Fest in Olten eine gewisse Koordination (z.B. für Anlässe bei den Sportstätten oder auf öffentlichen Plätzen). Deshalb folgende Fragen: Begrüssst der Stadtrat grundsätzlich gewerbliche und private Initiativen im Zusammenhang mit der EURO 2008? Ist der Stadtrat bereit solche Aktionen zu unterstützen und wenn nötig unbürokratisch zu handeln? Wie sieht die Stadt ihre Rolle und wie soll die Zusammenarbeit mit Privaten erfolgen?

Frage 5: Verkehr, Infrastruktur und Sicherheit

Falls sich die Erwartungen erfüllen und viele Fussball-Fans tatsächlich auch in Olten halt machen, stellen sich Fragen in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur und Sicherheit. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass wohnen, arbeiten, verweilen und einkaufen in Olten trotz allen begrüßenswerten Aktionen zur EURO 2008 auch während dieser Zeit möglichst ungehindert bleibt, denn nicht ganz alle Oltnerninnen und Oltnern sind Fussball-Fans. Deshalb folgende Fragen:

- a) Sind besondere verkehrstechnische Massnahmen vorgesehen oder müssen solche vorgesehen werden (zusätzliche Parkplätze, Ausschilderung, etc.)?
- b) Welche zusätzliche Infrastruktur braucht Olten für die Zeit der EURO 2008? Ist beispielsweise vorgesehen, dass in Olten zusätzliche Übernachtungsmöglichkeiten angeboten werden (z.B. Standplatz für Camper, Fan-Camp)? Wer wird diese gegebenenfalls errichten - Private oder die Stadt?
- c) Besteht in Olten ein spezielles Sicherheitskonzept für die Zeit während der EURO 2008 (Stichwort: Hooligans)?

Frage 6: Weitere Aktionen und Massnahmen

Welche weiteren Aktionen und Massnahmen im Zusammenhang mit der EURO 2008 sieht und plant der Stadtrat für Olten?

Frage 7: Information

Wie und wann werden die Bevölkerung und das Gewerbe von Olten über geplante Aktionen und Massnahmen informiert?

Besten Dank für eine rasche Beantwortung dieser Interpellation und die Aufnahme der damit verbundenen Anliegen.

Rolf Schmid

D. Trost

U. Hug

M. Kuhn

R. Graf

M. Frey

A. Solari

Interpellation

Im Bericht und Antrag zum Budget 2007 hat der Stadtrat ausgeführt:

„9. Schlussfolgerungen

...

Es können weiterhin *nicht alle Wünsche realisiert* und Anträge ohne weiteres erfüllt werden.“ (Hervorhebung nachträglich eingefügt)

Der Stadtrat wird gebeten, dazu folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche aus der Sicht des Stadtrates wünschbaren Investitionen sind momentan aus finanziellen Gründen nicht realisierbar? Welche Investitionen mussten aus finanziellen Gründen verschoben, redimensioniert oder sogar abgeschrieben werden?
2. Welche Dringlichkeit misst der Stadtrat den Projekten/Investitionen gemäss Ziffer 1 zu?
3. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um die Realisation der genannten Projekte/Investitionen zu ermöglichen? Existiert ein Zeitplan oder eine Strategie?
4. a) Im Investitionsprogramm 2007-2013 ist für die Werterhaltung der städtischen Hoch- und Tiefbauten ein Betrag am unteren Rand der Empfehlungen vorgesehen. Gleichzeitig häufen sich „ambulante“ bauliche Investitionen (Beispiele Investitionsrechnung 2007: Pausendach Bannfeld, Kto. 293.503.41; Färbi, Kto. 356.503.01; Froheimschulhaus, Kto. 110.506.05; Schwarzbeläge Bannfeld, 293.501.40). Werden für die Werterhaltung der städtischen Hoch- und Tiefbauten ausreichende finanzielle Mittel eingesetzt?

b) Bekanntlich können mit angemessen eingesetzten Mitteln für die Werterhaltung langfristig Grossanierungen minimiert werden. Sind die zur Verfügung stehenden bzw. die eingesetzten Mittel in dieser Hinsicht optimal?

c) Wenn ja, wie wird das optimale Verhältnis gewährleistet? Welche Instrumente werden dafür verwendet?

Olten, 15. Januar 2007

Timur Acemoglu und Mitunterzeichnende

[Handwritten signatures]
L. von M...
A. Uebelhart
B. H...
H. Austerlitz
M. St...
K. Bachmann

Postulat Roland Rudolf von Rohr (CVP) und Mitunterzeichner
betr. Überdachung des Schwimmbades Olten

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen ob das Schwimmbad Olten während den Wintermonaten überdeckt werden kann.

Begründung:

Zweifellos erfreut sich der Schwimmsport in Olten grosser Beliebtheit. Dies zeigen die eindrücklichen Besucherzahlen in den Sommermonaten. Die winterliche Alternative im Hallenbad Kantonsschule ist dürftig und wird entsprechend wenig benutzt. Eine ganzjährige Schwimmmöglichkeit in der Badi würde gut zur „Sportstadt“ Olten passen und wesentlich zur körperlichen Ertüchtigung der Bevölkerung beitragen.

Mit diesem Postulat sollte einerseits die Durchführbarkeit und die Kostenfolge der teilweisen Überdachung (grosses Bassin) des Schwimmbades geprüft werden. Es müsste sich dabei um ein Provisorium handeln bis andere mögliche Optionen für „Winterschwimmmöglichkeiten“ geschaffen sind (z.B. Sanierung bzw. Attraktivität - Steigerung Kanti, neues Hallenbad etc.).

Zweifellos müssen aber auf der anderen Seite auch die allfällig negativen Auswirkungen aufgezeichnet werden (Ästhetik, Städtebau, Energieverbrauch, Kosten etc.).

Bei den kritischen ästhetischen Betrachtungen könnten auch alternative Ideen der Gestaltung der Überdachung einfließen. (Kunst, Lichtspiele, Werbung, Infowand etc). Die energetischen Auswirkungen müssen kritisch geprüft werden (Alternativenergien, Oekobilanz im Vergleich zur Kanti).

Olten, 24. Januar 2007

R. Rudolf von Rohr Olten

A. K.

A. Weissen

A. Haymann

M. Müller

P. K.

SP-Fraktion
Werner Good

Motion

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament Bericht und Antrag zur Anschaffung einer mechanischen anstelle einer elektronischen Orgel in der Abdankungshalle der Friedhofkappelle Meisenhard vorzulegen.

Ausgangslage

In der laufenden Rechnung des Budgets 2007 (740.311.01) sind Fr. 28'000.- für den Ersatz der elektronischen Orgel aufgenommen. Bevor diese gekauft wird, soll der Stadtrat den Einbau einer mechanischen Orgel prüfen. Eine mechanische Orgel kann aber nicht am jetzigen Standort der elektronischen Orgel aufgebaut sondern müsste in den Raum hineingestellt werden, was auch bauliche Massnahmen nach sich ziehen würde. Es entstehen dadurch höhere Kosten als budgetiert ist für eine elektronische Orgel (die Orgel allein würde ca. Fr. 200'000.- kosten). Diese Kosten verteilen sich jedoch auf drei Raten über mindestens zwei Jahre. Da die jetzige elektronische Orgel dringend ersetzt werden muss, ist es evtl. notwendig, für 2007 eine Übergangslösung (Truhensorgel) zu schaffen, um auf 2008 einen Investitionskredit im ordentlichen Verfahren ins Budget aufnehmen zu können. Nach einem Auftrag an den Orgelbauer könnte mit Sicherheit ein günstiges Abkommen getroffen werden.

Begründung

Elektronische Orgeln haben eine Lebensdauer von 5 bis 10 Jahren. Die jetzige muss dringend ersetzt werden. Der Stadtrat will sie wieder durch eine elektronische ersetzen. Dem gegenüber sind mechanische Orgeln für den Gebrauch über viele Generationen ausgelegt. Garantiedauer: 15 Jahre!

Die Orgel wird häufig und regelmässig bespielt. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern.

Eine mechanische Orgel mit ihren Pfeifen wird zur Gestaltung des Raumes beitragen, da sie nicht versteckt werden muss. Sicher würde dies nicht nur klanglich zu einer guten Atmosphäre bei den Feiern in der Abdankungshalle beitragen, sondern auch die Feierlichkeit unterstreichen, was diesem Raum sehr gut tun würde. Ebenso sind die oft beigezogenen Vokal- und Instrumentalsolisten dankbar, wenn sie nicht von Lautsprechern sondern von einem echten Instrument unterstützt werden.

Die in der Musterofferte beschriebene Orgel ist ein massgeschneidertes Instrument für die Abdankungshalle Meisenhard und deckt die klanglichen Bedürfnisse für die dortige Situation optimal ab (keine unnötigen und unpassenden Register wie bei einer elektronischen Orgel).

Mechanische Orgeln werden in bester CH-Handwerkstradition gefertigt und eine engagierte Betreuung („Service“) von Seiten des Erbauers ist garantiert.

Olten, 24. Januar 2007 Werner Good

Werner Good
U. Anzler
U. Koller

M. H. A. G. G. G.
J. Deed
L. von M.
B. K. K.

R. Bram
M. Badmann

SP-Fraktion
Werner Good

Interpellation

Detailliertes Überprüfen der ökologischen und finanziellen Belastungen der Stadt Olten beim Coop-City-Event

Der Stadtrat soll folgende Fragen zu den ökologischen Problemen beim Coop-City-Event beantworten sowie aufzeigen, welche Gesamtkosten für diesen Anlass der Stadt entstehen.

1. Wie hoch ist die zusätzliche Co2-Belastung, die durch diesen Event (erzeugt durch die Transporte bis zu den Autokolonnen auf der Hauptverkehrsachse) entsteht? Wie wird diese geprüft?
2. Werden zur Verhärtung des Schnees zusätzliche Chemikalien eingesetzt? Wenn ja, wie hoch ist die Vergiftung der Umwelt?
3. Woher stammt der Schnee und wie viele Lastwagenfahrten müssen dafür gemacht werden?
4. Im Budget 2007 (Konto 012.365.000) sind Fr. 30'000.- eingesetzt, welche die Stadt an diesen Event bezahlt. Wofür wird dieser Betrag verwendet? Wie hoch waren im 2006 die effektiven Kosten, die der Stadt entstanden sind.
5. Wie stellen sich die Oltner Ladenbesitzer/Innen in der Innenstadt zu diesem Event, da fast drei Tage lang einige Zufahrtstrasse gesperrt sind (Abendverkauf in der Vorweihnachtszeit)? Sind allfällige Verkaufseinbussen bekannt, wenn ja, in welchem Rahmen bewegen sich diese?

Begründung

Der Stadtrat hat erkannt, dass dieser Anlass eine höhere CO2-Belastung bringt und nahm seine Verantwortung wahr, indem er in diesem Zusammenhang auf die Unterstützung eines Wind-Energie-Projektes in Madagaskar hinweist – sozusagen als „Kompensationsgeschäft“.

Es ist doch wirklich sinnvoll, dass die Sportarten dort betrieben werden, wo sie auf natürliche Weise hingehören – z.B. in Wintersportorte.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht, über die gesamte Belastung der Stadt Auskunft zu erhalten. Zudem habe ich sehr viel Kritik an der Durchführung dieses Events gehört.

22.01.2007

D. Austerlitz
U. Austerlitz
C. W. L.
Marion Bachmann

F. Oberlin
L. von M...
W. A. ...
F. ...
R. Braun
A. ...

SVP Olten

Parlamentarischer Vorstoss im Gemeindeparlament der Stadt Olten
Olten, im Januar 2007

Interpellation: Disziplinaruntersuchung gegen den Feuerwehrkommandanten

Das Aarebistro ist eine Attraktion und eine Bereicherung für Olten. Viele Besucher geniessen an den schönen Tagen und Abenden die Romantik an der Aare. Aber leider gibt es auch Unwetter und die Aare führt danach ein mittleres Hochwasser, so dass die Gäste - wenn sie noch im Aarebistro wären - nasse Füsse bekämen.

Dies war in den letzten Jahren mindestens 4 Mal der Fall. So soll es auch im letzten März 2006 gewesen sein: Die massiven Schneefälle und das daraus folgende Schmelzwasser liessen den Pegel der Aare steigen. Dabei soll die Feuerwehr wieder um Hilfe vom Aarebistrowirt „Land unter beim Aarebistro“ angerufen worden sein.

Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, dass es vermutlich der Feuerwehr verleidet, wiederum Sandsäcke rund um das Aarebistro aufzubauen und für die planerischen Fehler beim Bau des Aarebistro immer und immer wieder geradestehen zu müssen, wenn sich gleichzeitig die Hilfeleistungen der Feuerwehr an anderen Orten verzögern. Hier ist sicherlich die Frage der Rechtsgleichheit aufzuwerfen.

Wie in den Medien zu lesen war, ist gegen den Feuerwehrkommandanten ein Disziplinarverfahren wegen „Unterlassung einer Hilfeleistung“, im speziellen soll es das Aarebistro betreffen, eröffnet worden.

Zu diesem Disziplinarverfahren stellen sich wohl einige Fragen, die die Öffentlichkeit interessieren dürften:

1. Wer war in die „Aarebistro-Planung“ involviert?
2. Warum wurde entgegen der Bauauflage die Mauer dreigeteilt? Stimmt es, dass die Planer vom ZAO-Bauwerk (Regenentlastungsbauwerk) unter dem Wildsauplatz keine Ahnung hatten und erst beim Bau der Mauer auf dieses „Werk“ gestossen sind?
3. War den Planern der mittlere Hochwasserstand der Aare bekannt und wie war die Meinung des kantonalen Amtes für Umwelt zum Bauprojekt?
4. Entsprechen die effektiven Baukosten dem Voranschlag (Zahlen) und sind durch die Maueranteile Mehrkosten entstanden?
5. Wie reagierte der Stadtrat auf die vielen Planungs-Projektierungsfehler und mit welchen Konsequenzen oder Verfahren wurden die Fehlbaren „diszipliniert“?
6. Wie und mit welchen Massnahmen gedenkt der Stadtrat, die fast jährliche Überflutung des Aarebistro zu beheben, ohne dass der Steuerzahler bezahlen muss?

Erstunterzeichner:



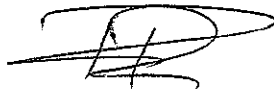
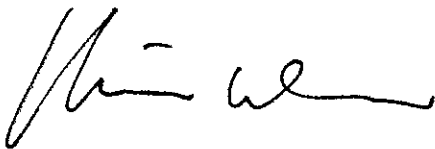
Gemeinderat der Stadt Olten
Motion Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichner betr. Abschaffung der
„Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann“

Der Stadtrat wird beauftragt, die „Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann“ per 01. 01. 2008 abzuschaffen und 111 Art. 61 SRO ersatzlos zu streichen.

Begründung:

1. Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann ist ein verfassungsmässiger Auftrag, der alle Stellen dazu verpflichtet, in diesem Sinne zu handeln. Für die Realisierung braucht es somit keine besondere Kommission.
2. Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann ist weit fortgeschritten. Nachholbedarf zeigt sich im Bereich der - stark von der jeweiligen Branche abhängigen - Lohnungleichheit. Hier hat die Gleichstellungskommission der Stadt Olten jedoch überhaupt keine Einflussmöglichkeit und ist daher irrelevant.
3. Gleichstellung erfolgt in der Gesellschaft und ist ein Zusammenspiel zwischen Frau und Mann. Die „Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann“ der Stadt Olten besteht allerdings ausnahmslos aus Frauen und trägt somit diesem Aspekt keine Rechnung. Ausserdem stehen die von der Kommission angebotenen und von der Stadt Olten subventionierten Kurse ausschliesslich Frauen offen.
4. Viele junge Frauen legen keinen Wert mehr auf diktierte Gleichstellung. Feministische Quoten-Politik stammt aus dem vergangenen Jahrhundert und wird den Problemen junger Generationen nicht mehr gerecht.
5. Seit ihrer Gründung hat die Gleichstellungskommission der Stadt Olten grosse Kosten verschlungen. Bei einer Abschaffung der Kommission werden somit finanzielle Ressourcen frei, die sinnvoller investiert oder zum Schuldenabbau eingesetzt werden können.

Christian Werner und Mitunterzeichner



A. Kästli



AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 40

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament sind drei Demissionen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 25. November 2006 gibt Patrick Häuptli (SP) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per Ende 2006 bekannt.

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2006 gibt Marion Bachmann-Rauber (SP) ihren Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 25. Januar 2007 bekannt.

Mit Schreiben vom 4. Januar 2007 gibt Timur Acemoglu (SP) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per Ende Januar 2007 bekannt.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Patrick Häuptli (SP), Marion Bachmann-Rauber (SP) und Timur Acemoglu (SP) zu genehmigen.

- - - - -

Iris Schelbert: Wir bedauern natürlich immer, wenn Politikerinnen und Politiker demissionieren, vor allem – ich glaube, man darf es in diesem Fall so sagen – wenn sie relativ noch nicht so lange dabei gewesen sind: Patrick Häuptli und Marion Bachmann seit 2001 und Timur Acemoglu seit 2005. Das Leben hat manchmal andere Pläne und es müssen Prioritäten gesetzt werden. Nebst Familie und Beruf ist Politik meistens ein aufwändiges Hobby, das nicht an erster Stelle steht und dann muss dieses Hobby manchmal über die Klinge springen. Wir möchten diesen dreien ganz herzlich für ihren Einsatz im Parlament und Marion in der GPK danken. Es ist schade, dass sie zurücktreten, aber wir müssen dies so zur Kenntnis nehmen.

Beschluss

Mit 33 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung werden die Demissionen von Herrn Patrick Häuptli, Frau Marion Bachmann-Rauber (SP) und Herrn Timur Acemoglu (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Patrick Häuptli, Käppelistrasse 27, 4600 Olten
Frau Marion Bachmann-Rauber, Dornacherstrasse 39, 4600 Olten
Herrn Timur Acemoglu, Hagmattstrasse 9, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 41

Aufnahme und Vereidigung von drei neuen Parlamentmitgliedern

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind drei frei werdende Parlamentssitze durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Daniel Vögeli ist ein Sitz der Freisinnigdemokratischen Volkspartei, durch den Rücktritt von Chantal Stucki ein Sitz der Christlichdemokratischen Partei und durch den Rücktritt von Patrick Häuptli ein Sitz der Sozialdemokratischen Partei frei geworden. Herr René Wernli (FdP), Herr Armand Weissen (CVP) und Herr Markus Oegerli (SP) haben sich bereit erklärt, die Mandate als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Stefan Nünlist begrüsst Herrn René Wernli, Herrn Armand Weissen und Herrn Markus Oegerli. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Herr René Wernli, Herr Armand Weissen und Herr Markus Oegerli legen hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Herrn René Wernli, Untergrundstrasse 16, 4600 Olten
Herrn Armand Weissen, Mühletalweg 5, 4600 Olten
Herrn Markus Oegerli, Friedheimstrasse 32, 4600 Olten
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 16/6

Prot.-Nr. 42

Geschäftsprüfungskommission/Demissionen und Ersatzwahlen

Für die Geschäftsprüfungskommission sind zwei Demissionen und zwei Ersatzwahlen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2006 reicht Marion Bachmann-Rauber (SP) ihren Rücktritt als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission per 25. Januar 2007 ein.

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2006 reicht Werner Good (SP) seinen Rücktritt als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission per Ende Januar 2007 ein.

Als Ersatz für Marion Bachmann-Rauber schlägt die SP Lea von Wartburg als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vor.

Als Ersatz für Werner Good schlägt die SP Ruedi Moor als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Marion Bachmann-Rauber (SP) und Werner Good (SP) sowie die Ersatzwahlen von Lea von Wartburg (SP) und Ruedi Moor (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Mit 41 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen werden die Demissionen von Frau Marion Bachmann-Rauber (SP) und Herrn Werner Good (SP) sowie die Ersatzwahlen von Frau Lea von Wartburg (SP) und Herrn Ruedi Moor (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Frau Marion Bachmann-Rauber, Dornacherstrasse 39, 4600 Olten
Herrn Werner Good, Solothurnerstrasse 19, 4600 Olten
Frau Lea von Wartburg, Solothurnerstrasse 48, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Herrn Ruedi Moor, Speiserstrasse 46, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 16/14

Prot.-Nr. 43

Jugendkommission/Demission

Für die Jugendkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Fax vom 16. Dezember 2006 teilt die SP mit, dass Thomas Segessenmann per 31. Dezember 2006 als Mitglied der Jugendkommission demissioniert.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Thomas Segessenmann (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Mit 38 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird die Demission von Herrn Thomas Segessenmann genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Thomas Segessenmann, Felsenstrasse 38, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 29/52

Prot.-Nr. 44

Dringliche Motion Heinz Eng (FdP-Fraktion) betr. Wiederinbetriebnahme Bassin Kindergarten Bifang-Schulhaus 08/Frage der Dringlichkeit

Heinz Eng: Die Motion habe ich kurz vor Weihnachten 2006 aus folgenden Gründen dringlich eingereicht: Der Kindergarten-Neubau ist seit zwei Jahren abgeschlossen. Die Sanierung der Bifang-Turnhalle steht in diesem Sommer unmittelbar bevor. Was passiert mit dem Bassin, das dort seit zwei Jahren brachliegt und keinen Verwendungszweck hat? Ich bin von der Schulleitung, von den Kindergärtnerinnen und auch von den Eltern der Kindergärtner des Bifang-Schulhauses beauftragt worden, dies einmal abzuklären, weil es ganz klar in ihrem Interesse ist, dass dieses Bassin wieder eröffnet wird. Ich habe dann anschliessend sechs Monate vorher, also Mitte Sommer 2006, mit der Verwaltung Kontakt aufgenommen. Es sind keine klaren Auskünfte über die Zuständigkeiten, Wiedereröffnung, Weiterverwendung usw. erteilt worden. Man hat nicht genau gewusst, wie es weiter geht. Somit ist als Ausweg nur die politische Diskussion mit dem vorliegenden Vorstoss geblieben. Der Klärungsbedarf ist offensichtlich. Schwimmen ist saisonal. Man muss diese Sache frühzeitig angehen, damit auch die Verwaltung planen und Mittel bereit stellen kann. Insgeheim habe ich auch die Hoffnung gehabt, dass sich der Stadtrat von dieser Idee begeistern lässt und alles etwas schneller gehen würde. Diese Begeisterung ist leider nicht hinüber geschwappt. Ich habe von Beginn an gespürt, dass dieser Motion ein eisiger Wind entgegen bläst. Obwohl noch kein Tropfen in diesem Bassin fliesst, wird jetzt schon versucht, dieser Motion und damit der Wiedereröffnung des Bassins das Wasser abzugraben. Scheinbar ist es besser, wenn mein Vorstoss auf dem ordentlichen Weg behandelt wird. Vielleicht kann dann alles noch etwas reifen. Ich lade alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein, sich selber einmal vor Ort ein Bild dieses Bassins zu machen. Es ist wirklich ein idyllisches Fleckchen Erde und vor allem wenn man denkt, dass dort Kinder baden könnten, würde dies ja allen viel Freude bereiten. Ich bitte das Parlamentsbüro für die wegen der Dringlichkeit entstandenen Umtriebe um Entschuldigung. Den zuständigen Stadtrat bitte ich, die Beantwortung der Motion innerhalb der sechs vorgeschriebenen Monate zu bewerkstelligen. Ich werde meinen Vorstoss zu gegebener Zeit zu verteidigen wissen und dafür kämpfen, dass das Bassin den Kindergärten der Stadt Olten bald wieder zur Verfügung steht. In diesem Sinne ziehe ich den Antrag auf Dringlichkeit zurück.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Damit wird das Geschäft gegenstandslos, was die Dringlichkeit anbelangt und wird als ordentlicher Vorstoss innerhalb von sechs Monaten vom zuständigen Stadtrat behandelt werden.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 3/13, 29/39

Prot.-Nr. 45

Motion Brigitte Kissling (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. übergeordnete Schulraumplanung/Beantwortung

Mit Datum vom 4. Mai 2006 hat Brigitte Kissling (SP-Fraktion) folgende Motion eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, eine übergeordnete Schulraumplanung durch ein spezialisiertes Planungsbüro einzuleiten. Dabei sollen eine Auswertung der innerstädtischen Wanderbewegung sowie die demographischen und sozialen Kennwerte den Ausgangspunkt der Schulraumplanung bilden. Bei der Planung sollen unter anderem Standorte (welche Stufen werden wo unterrichtet), Zusammenführung der Oberstufe/Umsetzung der Reform Sek 1, Kooperationen (Dulliken/Wangen), Schulzentrum mit P Stufe, Raumprogramme/ -struktur (Ist- und Soll-Zustand – Turnhallen, Rasen, Aussensportanlagen, Betreuungs- und Aufenthaltsräume, Fach- und Klassenunterrichtsräume, Pausenräume, Vorbereitungsräumen) etc. berücksichtigt werden.

Kurzbegründung

Mit der Oberstufenreform im Kanton Solothurn werden nicht nur inhaltliche Fragen aufgeworfen, sondern auch strukturelle und räumliche. Die Stadt Olten als regionaler Standort ist gezwungen, sich frühzeitig mit der Frage der Schulraumplanung zu befassen. Ohnehin ist die jetzige Lösung mit den Oberschul- und Werkklassen unbefriedigend. Das Separieren dieser beiden Oberstufenbereiche im Säli-Schulhaus wirkt stigmatisierend und ausschliessend. Auch sind die Bedürfnisse der Primarschüler und –schülerinnen anders gelagert als diejenigen der pubertierenden Jugendlichen der Oberstufe.

Das Hübelischulhaus ist wegen der fehlenden Turnhallen und eines ungenügend gesicherten und gestalteten Pausenplatzes kein ideales Gebäude für Primarschüler und –schülerinnen.

Weitere Bereiche, die Raumplanungsfragen aufwerfen, sind die Musikschule und die Einführung von Tagesstrukturen. Die momentane räumliche Situation der Jugendmusik und Musikschule genügt den Anforderungen kaum noch. In der Beantwortung des Postulats von Iris Schelbert „betrifft Hübelischulhaus, Musikschule und Jugendmusik“ erwähnt Stadtrat Martin Wey, dass, nachdem der Gemeinderat dem neuen Reglement zugestimmt hat, nun auch die räumliche Vereinigung der Musikschulen angegangen werden könne. Als Grundlage dafür müsse jedoch „ein Raumprogramm erarbeitet werden“.

Weiter verlangt die Motion Trudy Küttel die Einführung von Tagesstrukturen an den Oltnen Kindergärten und Schulen. Falls die Tagesstrukturen realisiert werden, müssen entsprechende Räume zur Verfügung stehen.

Bei der Schulraumplanung sollten ferner auch Räume für die Schulsozialarbeit – die aus dem Grund der Niederschwelligkeit vor Ort angesiedelt sein muss – eingeplant werden.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass sich aus obengenannten Gründen zum jetzigen Zeitpunkt eine nachhaltige Schulraumplanung aufdrängt, die sämtliche Schulbauten der Stadt einbezieht, sowohl städtische als auch kantonale. Bei der Schulraumplanung sollen auch leerstehende oder anderweitig genutzte Gebäude berücksichtigt und die Stadtentwicklungsgebiete beachtet werden.»

Stadtrat Martin Wey beantwortet die Motion im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Motion verlangt vom Stadtrat, eine übergeordnete Schulraumplanung durch ein spezialisiertes Planungsbüro einzuleiten. Gemäss geltender Gemeindeordnung ist der Stadtrat oberste Planungsbehörde und ist zuständig für die Planung und Koordination der Gemeindetätigkeit (Art. 40 GO). Gestützt darauf ist der eingereichte Vorstoss als Postulat zu behandeln.

Der Stadtrat teilt die Einschätzung der Motionärin, dass die Oberstufenreform im Kanton Solothurn nicht nur inhaltliche, sondern auch strukturelle und räumliche Fragen aufwirft. Neben der erwähnten Oberstufenreform spielen im Zusammenhang mit der Schulraumplanung auch andere Faktoren eine wichtige Rolle: So ist aufgrund der Bautätigkeit im Kleinholz, im Bornfeld und Olten SüdWest und der damit verbundenen Binnenwanderung der Schülerinnen und Schüler innerhalb des Stadtgebietes die Standortfrage einzelner Schulhäuser neu zu beurteilen. Daneben sind auch mögliche Kooperationen mit anderen Schulgemeinden sowie die Standortfrage der Musikschule zu beachten.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass im Jahre 2007 die Grundlagen für eine umfassende, zukunftsgerichtete Schulraumplanung, welche alle kommunalen und kantonalen Bildungsbereiche miteinbeziehen soll, eruiert werden müssen. Aus diesem Grund wurde in der Investitionsrechnung 2007 ein Betrag von Fr. 100'000.— aufgenommen.

Im Sinne der vorstehenden Darlegungen beantragt der Stadtrat, dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Brigitte Kissling: Mit Freude habe ich festgestellt, dass das Anliegen von mir respektive der SP-Fraktion vom Stadtrat aufgenommen worden ist, und ich bin natürlich damit einverstanden, dass es ein Postulat und nicht wie geschrieben eine Motion ist. Ich brauche manchmal etwas länger, bis ich die Sachen verstehe, den Unterschied zwischen Postulat und Motion. Warum eigentlich eine übergeordnete Schulraumplanung? Der letzte Punkt, den wir gehabt haben, ist Ende des letzten Jahres noch die Abstimmung über die Oberstufenreform gewesen. Diese ist angenommen worden und bringt somit auch für Olten grosse Veränderungen mit sich, weil Olten ja schliesslich eine Zentrumsfunktion hat und hier auch Aufgaben wahrnehmen muss. Es ist aber nicht der einzige Grund, weshalb sich eine übergeordnete Schulraumplanung aufdrängt. Es gibt zum Beispiel Platzprobleme in der Musikschule. Das sind ungeklärte Fragen. Wir haben die Motion Tagesstruktur auf dem Tisch, die auch Platz verlangt, der geschaffen werden muss. Weiter gibt es eine rege Wohnbautätigkeit im Kleinholz, vielleicht dann auch einmal in Olten SüdWest. Es werden Familien mit Kindern zuziehen, was in diesem Gebiet vermutlich auch zu mehr schulpflichtigen Kindern führen wird. Man muss dem gerecht werden. Dann ist die Schulsozialarbeit noch in der Pipeline. Aber ich gehe jetzt einmal davon aus, dass dies kommen wird. Auch dort haben wir ein Platzproblem mit der Schulsozialarbeit. Wohin soll sie kommen und wo soll Raum für die Schulsozialarbeit geschaffen werden? Ein weiterer Grund, den wir haben, ist eine kontinuierliche Einwohnerbewegung, wo ich annehme, dass sich dies stetig verändern wird. Wo heute Gebiete mit vielen Kindern sind, werden vielleicht später eben nicht mehr so viele Kinder sein. Dann muss man einer guten, übergeordneten Schulraumplanung auch gerecht werden können. Ein weiterer Grund ist sicher die unbefriedigende Situation mit der Oberschule und der Werkklasse. Diese Klassen gehören eigentlich zu den anderen Oberstufen und nicht neben ein Primarschulhaus. Ich habe bei dieser Oberschule immer einen schlechten Beigeschmack, weil ich immer das Gefühl habe, man marginalisiere sie.

Ich weiss nicht, wie es für die Schüler und Schülerinnen ist. Ein weiterer Grund ist sicher auch, dass wir eine Aufgabe haben. Bei den vielen Punkten, die ich jetzt genannt habe, stellen sich mir auch die Fragen, was wir tun, wenn hier immer eine solche Wanderbewegung besteht. Das wird so sein. Wie kann man diese Schulräume einrichten, damit sie, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, auch anders genutzt werden können? Alles in allem haben wir viele Gründe für eine übergeordnete Schulraumplanung und schliesslich, wenn man dies wirklich planen kann, denke ich, kann man auch viel Geld sparen. Jetzt habe ich eigentlich nichts mehr zu sagen. Ich möchte mich einfach noch einmal bedanken, dass das Anliegen aufgenommen worden ist und man dies angehen möchte.

Antonia Hagmann: In den Augen der CVP/EVP-Fraktion ist dieser Vorstoss überflüssig, nicht vom Inhalt oder von der Thematik her, sondern weil diese Problematik seit längerem bekannt und erkannt worden ist und die städtischen Behörden dementsprechend sensibilisiert sind. Wie der Stadtrat in der Beantwortung ausführt, ist die zukunftsgerichtete Schulraumplanung schon im Investitionskredit berücksichtigt. Im Parlament ist die Schulraumplanung schon mit verschiedenen Vorstössen bezüglich Musikschule, Tagesstrukturen und die Diskussionen der Sportstättenplanung und der Bautätigkeit in gewissen Gebieten zur Sprache gebracht worden. Wir sind auch der Meinung, dass ein Planungsbüro, so wie es die Motionärin verlangt, nicht nötig ist, denn die starke zukünftige Bautätigkeit in vorwiegend drei Gebieten – wie wir hoffen – und die Abwanderung der Wohnbevölkerung aus der Innenstadt dies zu dieser neuen Standortfrage der Schulhäuser führt, wie auch die Neuorganisation der Oberstufe, sich der Stadtrat und die zuständigen Personen durchaus bewusst sind. Ich nehme auch an, dass sie fähig sind, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Schliesslich haben wir ja auch noch eine Stadtentwicklungskommission. Deshalb ist die CVP/EVP-Fraktion der Meinung, dass die übergeordnete Schulraumplanung in der Stadtplanung schon Platz gefunden hat und wir daher das Postulat überweisen, aber zugleich abschreiben werden.

Iris Schelbert: Wir sehen dies etwas anders. Die Fraktion Grüne/Jungalternative begrüsst die Stossrichtung dieser Motion respektive des Postulats ganz ausdrücklich. Die Motionärin beschreibt im Vorstosstext wie in der Begründung ausführlich, weshalb gerade jetzt die umfassende und übergeordnete Schulraumplanung dringend gemacht werden muss. Sie bezieht sich dabei einerseits auf die vorhandenen Schulhäuser und andererseits auf das weitere Schulhaus, das in der Folge der demografischen und städtebaulichen Entwicklung und Veränderungen noch gebaut werden muss. In der Antwort hält sich der Stadtrat sehr kurz und bestätigt aber den Handlungsbedarf in diesem Bereich. Auch wenn schon viel Denk- und Planungsarbeit im Stadtrat gemacht worden ist, möchten wir an dieser Stelle doch unsere Überlegungen zum Ganzen auch noch anbringen. Die Schullandschaft hat sich in den letzten Jahren signifikant verändert und diese Entwicklung ist mit Sicherheit auch noch nicht abgeschlossen. Alle Neuerungen bedingen strukturelle Anpassungen und diese wiederum schlagen sich im Schulraumbedarf nieder. Diesen Umständen muss in der Planung Rechnung getragen werden. Wir können nicht nur von den vorhandenen Schulhäusern ausgehen, sondern wir müssen wirklich vorweg die kantonale Gesetzeslage, die demografischen Entwicklungen analysieren. Daraus kann man Zielsetzungen formulieren und definieren, zum Beispiel welche Schultypen der Volksschule wir zukünftig in Olten haben möchten. In der Primarschule ist die Vorgabe klar. Aber hat man sich in diesem Bereich vielleicht auch schon zur sozialen Durchmischung eines Schulhauses Gedanken gemacht? Wie sieht es auf der Oberstufe nach der Sek I-Reform aus? Haben wir in Olten künftig alle Typen, nämlich Sek A, B, K und P, werden wir zu einem regionalen Schulzentrum. Welche Gemeinden sind künftig unsere Kooperationspartnerinnen? Wieviele Schülerinnen und Schüler wird diese Oberstufe einmal haben? Diese Ziele, Vorgaben und Fragen müssen geklärt sein. Erst dann kann ermittelt werden, ob die gesetzten Ziele und die vorhandene Bausubstanz kompatibel sind oder wie weit überhaupt und wo noch Schulraum ergänzend gebaut werden muss. Wie die Motionärin sind wir ganz klar der Meinung, dass die Oberstufen zwingend in einem Schulhaus zusammen geführt werden müssen. Also der heutige Zustand Sek, Bez, WBK im Frohheim, Oberschule und Werkklasse im Säli ist einfach schlecht. Oberstufen-Jugendliche brau-

chen ein Oberstufen-Klima und eine altersgerechte Umgebung. Sie sind in einem Primarschulhaus am falschen Platz. Eventuell muss ja in Olten ein regelrechtes Oberstufenzentrum zur Verfügung gestellt werden. Es gibt aber bei der Schulraumplanung noch weitere Faktoren zu beachten. Das Integrationsprojekt, das heisst integrative Schulung von Kindern mit speziellem Förderbedarf in Regelklassen mit Unterstützung von schulischen Heilpädagoginnen. Blockzeiten mit Partnerlehrpersonen brauchen für eine optimale Umsetzung genügend Gruppenräume in den Schulhäusern. Solche sind heute nicht oder nur kaum und wenn dann meistens eher zufällig vorhanden. Gruppenunterricht findet nicht selten auf den Schulhausgängen statt. Weiter wird es nötig sein, die Möglichkeit des Mittagstisches in den Schulhäusern einzuplanen, vielleicht sogar einmal die Möglichkeit, für eine Tagesschule genügend Raum zu haben. Zum Schluss und der Vollständigkeit halber möchten wir festhalten, dass alters- und stufenangepasste und veränderbare Pausenplätze eine Selbstverständlichkeit sein müssen und grösste Aufmerksamkeit verdienen, unter Umständen auch nutzbar als externer Schulraum. Auch die gute Erreichbarkeit und eine ausreichende Anzahl Turnhallen muss gewährleistet sein. Vielleicht muss also unsere innerstädtische Schullandschaft unter Einbezug der Regionsgemeinden neu definiert werden. Die Fraktion Grüne/Jungalternative stimmt dem Postulat zu und wir hoffen, dass unsere Überlegungen in die Planung miteinbezogen werden können.

Nico Zila: Drei Punkte aus freisinniger Sicht zum Vorstoss von Brigitte Kissling. Punkt 1: Wir unterstützen in der Sache das Postulat ebenfalls wie die beiden Vorredner, wenn auch die Wendung „durch ein spezialisiertes Planungsbüro“ ganz offensichtlich nicht aus freisinniger Feder kommt. Wir haben es gesehen. Iris, danke für Deine Darstellungen. Du hast in fünf Minuten ein Konzept entwickelt, wie eine solche Studie etwa aufgebaut sein könnte. Wir teilen sicher die meisten Deiner Überlegungen und haben aber das Gefühl, dass sie selbstverständlich auch einfließen würden oder eingeflossen wären jetzt ohne Deinen Input. Zweite Bemerkung: Wir haben feststellen dürfen, dass der Stadtrat die Schulraumplanung auch ohne diesen Vorstoss eingeleitet hätte. Die Thematik ist, wie es Antonia Hagmann richtig gesagt hat, seit längerem aktuell. Iris Schelbert hat einmal einen Vorstoss eingereicht zu einer Planung Schulhaus Kleinholz. Seither wissen wir, dass dies ein Thema ist. Vielleicht noch eine dritte Bemerkung: Wir werden ebenfalls den Antrag der CVP auf Abschreibung dieses Postulats unterstützen und hätten ihn sonst selber gestellt, falls es überwiesen werden sollte.

Marcel Buck: Wir schliessen uns ebenfalls den Ausführungen von Antonia Hagmann an und beantragen ebenfalls, das Postulat zu überweisen und abzuschreiben.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte nur eine kleine Antwort auf Antonia Hagmann bzw. auf die Meinung, dies sei nicht nötig gewesen, geben. Ich sehe es nicht ganz so. Man muss auch beachten, dass dies am 4. Mai 2006 eingereicht worden ist. Zu dieser Zeit hat es noch kein Investitionsbudget gegeben. Ich könnte mir ja auch vorstellen, dass es vielleicht das Tröpfchen gewesen ist, das noch nötig war, dass es tatsächlich jetzt geplant ist und zum Laufen kommt. Ich denke, so überflüssig ist es wahrscheinlich nicht gewesen.

Andreas Schibli: Ich habe eigentlich zu diesem Vorstoss nichts sagen wollen. Aber mein Vorredner hat mich etwas herausgefordert. Ich kann es jetzt als mehr oder weniger direkt Betroffener so sagen, dass solche Gespräche bezüglich Schulhausplanung wirklich schon lange auf dem Tapet sind. In welche Richtung dies geht, ist noch nicht klar, jetzt nicht nur wegen der Abstimmung betreffend Sek I-Reform, die durchgegangen ist, sondern was Iris auch gesagt hat bezüglich Integration. Im Kantonsrat werden wir bald einmal die Integration dieser Kleinklasse entscheiden. Dann sieht auch alles wieder ganz anders aus. Das heisst, die Sek K gibt es gar nicht mehr. Aber ich möchte ganz klar betonen und ich darf dies jetzt wirklich fast aus internen Kreisen sagen: Da ist man schon lange am Planen.

Iris Schelbert: Ich möchte etwas zur Abschreibung sagen. Ich schreibe ungern Geschäfte zu einem Zeitpunkt ab, wo sie angedacht sind und man noch keine Papiere in der Hand hat.

Ich möchte diese Schulraumplanung auf Papier sehen und nachher abschreiben. Deshalb möchte ich Euch eigentlich bitten, zu überweisen und noch nicht abzuschreiben. Wir vergeben uns überhaupt nichts, wenn wir dies noch überwiesen lassen und nachher abschreiben, wenn wir die Schulraumplanung vor uns haben.

Timur Acemoglu: Mich würde es noch interessieren, was der Stadtrat hier denkt. In der Regel sieht er dies ja als erledigt an und würde dann die Abschreibung beantragen. Ich denke, der Stadtrat sieht eigentlich am meisten hinein, ob dies jetzt wirklich schon erledigt ist und abgeschrieben werden kann. Mich würde interessieren, was er dazu sagt.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es ist immer etwas eine Glaubenssache, ob abgeschrieben wird oder nicht, vor allem dann, wenn ein Geschäft angedacht wird, wenn es im Prinzip schon in Bahnen gelenkt ist, aber zum Beispiel das Reglement oder ein Produkt noch nicht vorliegt. Das ist am Schluss eine politische Diskussion in diesem Saal, ob schon genügend angedacht ist oder nicht. Wir vom Stadtrat haben einen Antrag gestellt, nicht auf Abschreibung. Wir haben dort auch eine gewisse Vorsicht walten lassen, indem wir doch sagen, wir sollten allenfalls etwas noch vorlegen können. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir nicht abschreiben. Ich denke, all die Argumente, die genannt worden sind, insbesondere auch von Iris Schelbert, die sehr ausführlich gewesen ist nebst der Motionärin oder Postulantin, kann man sagen, dies fließt ein. Daran haben wir sicher gedacht. Das Parlament muss am Schluss bestimmen, ob wir auf dem richtigen Kurs sind und diese Pflöcke eingeschlagen haben. Bei der ganzen Schulraumplanung ist es tatsächlich so, dass nicht nur die Sek I-Reform und die Oberstufenreform, Aussengemeinden, Mittagstische usw., eine Rolle spielen. Es ist auch schon eine Arbeitsgruppe eingesetzt, nicht nur verwaltungsintern, sondern auch Ausschüsse aus der Schulkommission, die sich unter anderem mit dieser Oberstufenreform auch befasst. Es laufen auch schon Diskussionen mit Aussengemeinden. Die Problematik ist auf dem Tisch. Ich denke, es liegt wirklich am Parlament zu entscheiden, ob wir jetzt schon abschreiben oder nicht. Wir vom Stadtrat werden auf jeden Fall an dieser Schulraumplanung, wie es geplant ist, in diesem Jahr, aber auch im nächsten Jahr sehr eng, auch im Zeitrahmen, arbeiten.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Du hast uns in der Glaubensfrage nicht weiter gebracht, sondern sie dem Parlament überlassen.

Dr. Arnold Uebelhart: Wir haben dies noch kurz mit Brigitte besprochen. Ich meine, das ist ja etwas das Demokratische, dass man halt vielleicht nicht einfach sagt, es ist jetzt hier in diesem Investitionskredit und wir schweigen, weil es ja eine Tatsache ist, dass auch Voten häufig in die Bearbeitungen hinein fließen. Uns ist wirklich auch noch wichtig, was hier gesagt wird. Die Durchmischung. Dass man sich auch überlegt, inwiefern dies möglich ist. Wieso kann nicht auch eine Sek-Klasse im Sali sein und umgekehrt von der anderen Stadtseite? Dass solche Überlegungen auch gemacht werden. In diesem Sinne möchte ich auch bitten, nicht abzuschreiben und die Voten, die hier gefallen sind, wohlwollend in die Überlegungen des Bildungsdepartementes aufzunehmen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir stimmen zuerst über die Überweisung ab und nachher in der zweiten Runde über die Abschreibung, weil Antonia ja einen entsprechenden Antrag gestellt hat.

Beschluss

Einstimmig wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 24 : 21 Stimmen bei 0 Enthaltungen wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:

Mitglieder des Stadtrates (5)

Direktion Bildung und Sport/Herrn Roland Giger

Geschäftskontrolle

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 1/2

Prot.-Nr. 46

Postulat Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betreffend mehr individuelles nutzbares Bauland für Familien und Mittelstand/Beantwortung

Urs Knapp hat am 29. Juni 2006 ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Mehr individuell nutzbares Bauland für Familien und Mittelstand»

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie auf dem Oltnen Stadtgebiet das Angebot an erschlossenem Bauland für freistehende Einfamilienhäuser sowie für andere familienfreundliche und individuell geplante Wohnbauten rasch erweitert werden kann.

Zu diesem Zweck sollen Massnahmen evaluiert werden, mit denen die städtischen Behörden

- die Zonenplanung sowie das Planungs- und Baurecht optimieren können.
- private Initiativen im individuellen, hochwertigen Wohnungsbau subsidiär mit marktwirtschaftlichen Anreizen fördern können, z. B. durch die Vorfinanzierung aufwändiger Erschliessungsprojekte von Bauland.
- den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit Grundeigentümern optimieren können.

Alle Massnahmen sollen subsidiär private Initiativen fördern und unterstützen. Zudem sollen sie langfristig für die öffentliche Hand mindestens kostenneutral sein.

Der Stadtrat soll dem Gemeindeparlament innert einem halben Jahr nach Überweisung dieses Vorstosses über seine Schlussfolgerungen Bericht erstatten.

Begründung

Jahr für Jahr gehen in Olten die Steuereinnahmen von natürlichen Personen zurück. Ein wichtiger Grund dafür ist der Mangel an Bauland für freistehende Einfamilienhäuser. Die Stadt verliert dadurch immer mehr finanzkräftige Steuerzahler (Familien und Einzelpersonen), welche die städtischen Leistungen im Allgemeinen unterdurchschnittlich beanspruchen und die mit ihrer Teilnahme am öffentlichen Leben einen Mehrwert für die Stadt bieten.

Zur Sicherstellung einer gesunden Bevölkerungsstruktur und eines nachhaltigen Finanzhaushaltes muss die Stadt die Abwanderung dieser Gruppen stoppen und gleichzeitig neue, steuerkräftige Familien und Einzelpersonen zum Umzug nach Olten motivieren.

Diese Zielsetzungen lassen sich nur erreichen, wenn auf Stadtgebiet rasch mehr Bauland für hochwertigen Wohnraum (freistehende Einfamilienhäuser sowie individuell geplante Reiheneinfamilienhäuser und Eigentumswohnungen) zur Verfügung steht. Parallel dazu muss die Attraktivität der Wohnstadt Olten steigen (günstigere Steuertarife für Mittelstand, breites Bildungsangebot, optimale Verkehrsanbindung, bessere Sicherheit).

Heute sind auf Stadtgebiet kaum Grundstücke erhältlich, auf denen private Bauherr/-innen individuell geplante Einfamilienhäuser erstellen können.

Im Kleinholz/Bornfeld verfügt Olten über die letzten bedeutenden Landreserven für Wohnbauten. Ein grosses Grundstück im Bornfeld ist im Besitz der Einwohnergemeinde.

Diese Landreserven sind jedoch unter den heutigen Rahmenbedingungen zur Erstellung freistehender Einfamilienhäuser, wenn überhaupt, nur mit grossen Vorleistungen nutzbar (hohe Planungs- und Erschliessungskosten für einzelne Personen und Familien). Der Stadtrat könnte mit gezielten Massnahmen die planerischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für bauwillige Investoren verbessern.

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob die Einwohnergemeinde ihren Landbesitz im Bornfeld rasch bauwilligen Personen zur Verfügung stellen kann, wobei durch einen entsprechenden Gestaltungsplan eine Bebauung im Sinne dieses Postulates sicherzustellen ist.

Zu prüfen ist ebenfalls, ob die Stadt private Initiativen mit bestimmten Vorleistungen unterstützen sollte, zum Beispiel durch die Vorfinanzierung aufwändiger Erschliessungsprojekte von Bauland. Solche Vorleistungen müssen in jedem Fall subsidiär erfolgen und langfristig für die öffentliche Hand mindestens kostenneutral sein.

Der Stadtrat soll schliesslich auch prüfen, wie er die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Interessenten optimieren kann, um die in diesem Vorstoss formulierten Zielsetzungen optimal zu erreichen.

Der Stadtrat soll dem Gemeindepapament innerhalb von sechs Monaten in geeigneter Weise darlegen, welche Möglichkeiten Behörden und Verwaltung haben und welche Prioritäten die Exekutive in dieser Thematik setzen will.

- - - - -

Stadträtin Silvia Forster beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat teilt die Meinung der Postulantinnen und Postulanten, dass über Jahrzehnte die Stadt Olten zu wenig bzw. praktisch kein baureifes Bauland für Einfamilienhäuser anbieten konnte. Dies hat sich in der Zwischenzeit erfreulicherweise massgeblich geändert, indem der Gestaltungsplan Kleinholz revidiert wurde und damit ein grosses und zusammenhängendes Areal für den Bau von Eigenheimen zur Verfügung steht. Auch der bewilligte Gestaltungsplan Mühletalweg bietet zusätzlichen Wohnraum in Form von Einfamilienhäusern. Mit der Einzonung der ersten Etappe im Bornfeld will die sbo durch einen entsprechenden Gestaltungsplan das Angebot für freistehende Einfamilienhäuser zusätzlich verbessern. Die Planung soll im Jahr 2007 in einen rechtskräftigen Gestaltungsplan umgesetzt werden. Damit verfügt die Stadt Olten insgesamt über ein attraktives Angebot an Bauland für verschiedene Wohnformen und insbesondere auch für Einfamilienhäuser.

Verhandlungen mit der Credit Suisse haben gezeigt, dass sie nicht gewillt sind, kleinere Areale und schon gar nicht Einzelparzellen verkaufen zu wollen. Im Rahmen der Mitwirkung zum Gestaltungsplan Kleinholz wurde aber vor allem ein Anliegen erwähnt, nämlich dass

interessierte Bauherr/-innen und Architekten/-innen daran interessiert sind, auch kleinere Bauetappen realisieren zu können.

Um die unbestritten vorhandene Nachfrage nach Einfamilienhäusern möglichst rasch erfüllen zu können, hat der Stadtrat mit der Credit Suisse Verhandlungen geführt, um einen Teil des Areals Kleinholz erwerben zu können. Damit könnte die Stadt die Anliegen der potenziellen Bauherrschaften erfüllen und kleinere Areale bzw. Einzelparzellen verkaufen. Eine entsprechende Vorlage an das Gemeindeparlament wurde bereits erarbeitet. Die Verhandlungen mussten leider von Seiten der Credit Suisse abgebrochen werden, da die Gesamtgläubigerschaft das Land im Kleinholz zur Zeit nicht in Teilstücken, sondern nur «en bloc» verkaufen will.

Im Budget 2007 wurde in der Investitionsrechnung eine separate Vorlage für die Vorfinanzierung der Basiserschliessung im Kleinholz aufgeführt. Die entsprechende, separate Vorlage wird nun dem Gemeindeparlament unterbreitet. Das Vorgehen wurde auch bereits seit längerer Zeit mit den sbo abgesprochen. Durch die Bevorschussung und damit der frühzeitigen Realisierung der Infrastrukturen gewinnt das Bauland an Attraktivität, insbesondere auch hinsichtlich schnelleren Verfahren und einer Verkürzung der gesamten Bauzeit für Investor/-innen und Bauherrschaften.

Die Baudirektion bemüht sich zusammen mit der Baukommission und dem Gesamtstadtrat stets für einfachere Verfahrensabläufe. Zu diesem Zweck ist nach Auffassung des Stadtrates und der Baukommission eine Revision der kantonalen Bauverordnung anzustreben. Der Stadtrat bzw. die Baudirektion wird mit den Städten Solothurn und Grenchen möglichst rasch Verhandlungen aufnehmen um gemeinsam auch mit anderen interessierten Gemeinden eine Revision der kantonalen Bauverordnung mit den zuständigen kantonalen Instanzen zu diskutieren.

Es ist auch vorgesehen, dass die Stadt sich im Einvernehmen mit den Grundeigentümern aktiv um Investor/-innen und Bauherr/-innen bemüht (z. B. Internet, Veranstaltungen für Architekt/-innen und interessierte Bauherr/-innen usw.). Zu diesem Zweck wird auch eine intensivere Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung angestrebt. Im Rahmen der Planung Olten SüdWest wurde diese bereits eingeleitet.

Die Intentionen des Stadtrates decken sich mit den Anliegen der Postulant/-innen und der Stadtrat wird weitere erfolgsversprechende Vorgehensweisen prüfen und dem Gemeindeparlament entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Urs Knapp: Die Mitunterzeichnenden und ich sprechen mit diesem Postulat kein neues Problem an. Aber es ist ein aktuelles Problem, das in diesen Wochen noch besondere Aktualität gewinnt, auch aufgrund eines absehbaren Besitzerwechsels bei Grundstücken. Die Stadt Olten hat schon seit einiger Zeit kein baureifes Bauland für Einfamilienhäuser oder Häuser, die vor allem für den Mittelstand, für Mittelstandsfamilien, attraktiv sind. Wir machen zwar eine Wohnregionkampagne. Wir sind im Herzen der Schweiz. In 30 Minuten sind wir von grossen Zentren hier. Aber wir haben heute zum Beispiel von Ruedi Nützi gehört, dass alle oder viele Dozenten der Fachhochschule, die man wahrscheinlich klassischerweise dem Mittelstand zuordnet, ausserhalb wohnen. Ein Grund, weshalb sie ausserhalb wohnen ist, dass sie ihre Wohnwünsche und -träume hier in Olten nicht verwirklichen können. Wir haben

kein Bauland, wo man selber nach eigenen Wünschen zum Beispiel ein Einfamilienhaus bauen kann. Das hat auch Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur und die Steuereinnahmen. In der Rechnung sieht man, dass – ich glaube in den letzten zehn Jahren – die Steuereinnahmen von natürlichen Personen tendenziell gesunken sind. Einmal hat es, als der Bornblick eröffnet worden ist, einen kleinen Hupf gegeben. Aber die Tendenz ist eindeutig rückläufig. Es heisst ja nicht, dass wir keine Landreserven haben in dieser Stadt. Wir haben Landreserven, vor allem im Kleinholz. Sie gehören zum Teil der Einwohnergemeinde, zum Teil der sbo, zum Teil den Gläubigern der Bürgergemeinde. Diese Landreserven kann man nächstens auch bebauen. Ein Kernproblem liegt dort, dass die Gläubigerschaft vor allem im Kleinholz nicht bereit ist, die Landreserven stückweise abzugeben. Sie wollen entweder das Ganze oder dann wahrscheinlich gar nichts abgeben. Das fördert dann natürlich, dass private Personen keine Chance haben, dort an Land zu kommen, denn das ist eine teure Sache. Man müsste die ganze Erschliessung bevorschussen. Das ist praktisch nicht möglich. Die Stadt hätte hier eine Chance, im Sinne einer attraktiveren Gestaltung als Wohnregion Einfluss zu nehmen. Sie kann dies einerseits über den Zonenplan machen. Hier muss sie bestimmte Vorschriften machen, vielleicht sogar auf Konfrontation mit gewissen Grundeigentümern gehen und gewisse Überbauungen werden erschwert, wenn nicht bestimmte Sachen zum Beispiel etappenweise verkauft werden. Vielleicht geht es, vielleicht auch nicht. Die Stadt könnte aber auch Vorleistungen bei der Erschliessung bieten, dass man sagt, wir machen bestimmte Erschliessungen im Voraus. Die Stadt könnte sogar bestimmte Grundstücke kaufen, sie parzellieren und dann wieder abgeben. Sie könnte auch die Information weiter geben. Mir geht es hier nicht darum, dass die Stadt gross als Liegenschaftenhändler auftritt oder einen grossen Liegenschaftensbesitz akkumuliert, sondern die Stadt soll hier eigentlich die ureigenste Aufgabe eines Staates machen, indem er Hilfe zur Selbsthilfe gibt, indem man hilft, dass auch Private überhaupt eine Chance haben, etwas zu machen. Jetzt werdet Ihr Euch vielleicht fragen: Haben wir überhaupt das Geld dafür, wenn die Stadt zum Beispiel dort für ein paar Millionen Franken Grundstücke kauft? Das könnte man, wenn man dies möchte, relativ einfach machen, sogar auch cash-neutral. Die Stadt hat ja Vermögen. Institutionen der Stadt haben Vermögen, die Pensionskasse. Hier ist der Stadtrat nicht direkt zuständig – es gibt eine Kommission – aber indirekt. Eine Pensionskasse hat beispielsweise Anlagen und ob man jetzt irgendwo in einen Immobilienfonds investiert, der Häuser in St. Gallen baut oder in einen Immobilienfonds oder in einer Anlage macht, der in Olten etwas Gutes macht, ist meiner Meinung nach dann ein Entscheid, den der Pensionskassenfonds treffen sollte, der grundsätzlich aber nicht cash-relevant ist für die Stadt für die laufende Rechnung. Aus diesen Überlegungen möchte ich Sie bitten, diesem Postulat zuzustimmen. Ich möchte vorab dem Stadtrat schon für die sehr positive Aufnahme danken, die ich gesehen habe, und ich freue mich auf die Diskussion.

Dr. Markus Ammann: Die SP-Fraktion unterstützt das grundsätzliche Anliegen des Postulanten und wird es auch mehrheitlich überweisen. Wir denken, die Absicht ist richtig. Individuelles Wohnen oder Wohnraum nach seinem Bedürfnis zu gestalten ist ein Bedürfnis, das vorhanden ist, wo auch Platz sein soll in dieser Stadt. Vielleicht muss es ja nicht gerade die klassische Einfamilienstruktur sein. Man könnte ja durchaus auch städtisch Einfamilienhäuser bauen. Vielleicht muss man sich dann da die entsprechenden Überlegungen machen, wir denken, im Sinne einer guten Durchmischung der Wohnbevölkerung, sei es hinsichtlich sozialen und finanziellen Kriterien. In allen Richtungen sollte es Platz haben für die Leute in dieser Stadt. Wir anerkennen aber auch, dass die Stadt bereits solche Bemühungen gemacht hat. Wir denken hier an den Mühletalweg, Kleinholz. Ich kann es vielleicht trotzdem sagen. Dort hat die Stadt verschiedene Sachen versucht. Die Stadt hat also diese Anliegen eigentlich erkannt. Ich sage trotzdem nicht, dass der Vorstoss überflüssig ist. Vielleicht trotzdem noch zum Kleinholz: Es ist eben noch ein interessantes, fast ein Schulbeispiel. Eigentlich hat die Stadt mit dem Gestaltungsplan, der aufgelegt ist, interessante Ansätze gemacht, mit Mitwirkungsverfahren etc., wo man sich durchaus hätte vorstellen können, dass eben auch individuelle Wohnräume möglich sind. Die sich

abzeichnende Entwicklung enttäuscht wahrscheinlich eher. Wir wissen es noch nicht genau und die Befürchtungen sind da, dass ein Grossinvestor kommt, dies relativ uniform bebaut und damit eigentlich kaum mehr Gestaltungsmöglichkeiten für einzelne Leute vorhanden sind. Wir werden sehen, wie es heraus kommt. Wir sind natürlich trotzdem gespannt. Ich möchte hier auch nicht die alte Kapitalismuskritik ausarten und über Interessen von Investoren oder Gläubigern reden. Das würde wahrscheinlich zu weit führen. Ich denke, die öffentliche Hand hat zum Beispiel im Kleinholz nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Es hat sich aber gezeigt, wie schwierig es ist, solche Interessen in der wirtschaftlichen Realität - eben gerade solche Interessen, wie wir jetzt im Postulat formulieren - abbilden zu können. Das ist schwierig und vielleicht müsste man jetzt ohne Vorwurf nachher fragen, was man dort hätte besser machen können, um diese Interessen eben aufzunehmen, zum Beispiel im Gestaltungsplan. Ich weiss es auch nicht genau. Vielleicht hätte man nicht das ganze Gebiet auf einmal einzonen müssen, vielleicht hätte man es in Etappen machen müssen. Ich weiss es nicht. Ich denke, es wäre jetzt an der Stadt und Verwaltung, dies vielleicht auch etwas zu analysieren. Damit hat man eigentlich eine Antwort auf das Postulat vielleicht schon teilweise vorbereitet. Wir unterstützen also dieses Anliegen. Ich möchte aber nicht vergessen zu sagen, dass der Postulant sich mit der Begründung diese Unterstützung fast noch verscherzt hat. Erstens - ich sage es jetzt einmal so - das sogenannte Märchen von der Abwanderung. Ich glaube immer noch nicht daran. Es hat es mir auch noch niemand schlüssig nachweisen können. Ich habe mir erlaubt, in den letzten Rechnungen einmal nachzusehen, wie die natürlichen Steuererträge tatsächlich sind. Urs, Du hast es vorher wieder gesagt. Es stimmt halt einfach nicht. Die Steuererträge sind relativ konstant, steigend bis konstant, obwohl wir die Steuersätze gesenkt haben. Diese Zahlen habe ich aus dem Bericht der Stadt. Mir ist noch nicht klar, woher dies eigentlich kommt. Es kann sein, dass gewisse Leute nicht nach Olten gekommen sind. Das ist tatsächlich möglich. Vielleicht könnte der Steuerertrag tatsächlich höher sein. Dem müssen wir jetzt entgegen wirken. Die Unsicherheit oder die Behauptungen. Ich möchte hier vielleicht noch den Hinweis machen, dass wir noch im letzten Jahr eine Motion „Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung“ eingereicht haben. Dort erhoffe ich mir, einmal genau diese Zahlen zu erhalten. Wer wandert denn ab? Welches Steuersubstrat geht weg und warum? Hier hoffe ich, dass Ihr hier auch die entsprechende Unterstützung erhaltet. Der zweite Stolperstein: Ich würde jetzt sagen, damit disqualifiziert sich der Postulant ein bisschen selber. Das ist nämlich die seltsame Auslegung, dass es in dieser Stadt unterschiedliche Qualitäten von Steuerzahlern gibt. Für uns ein bisschen befremdlich. Es gibt also die Guten, die viel zahlen und wenig Leistungen beanspruchen und damit impliziert er natürlich, dass es auch die Bösen oder Schlechten gibt, die wenig zahlen und erst noch viel beziehen. Ich finde dies eine etwas seltsame Art. Das tönt etwas nach Klassenkampf, wo wir Sozialdemokraten das Gefühl haben, er sei bei uns überwunden gewesen. Aber tant pis! Für uns sind eigentlich in dieser Stadt alle willkommen, ob arm oder reich, ob guter Steuerzahler oder nicht Steuerzahler und auch aus diesem Grunde unterstützen wir eigentlich das Postulat in diesem Sinne.

Theo Schöni: Die Grünen/Jungalternativen sind der Ansicht, dass das Anliegen der Postulanten über das Ziel hinaus schießt und werden das Postulat mindestens in dieser Form nicht unterstützen und zwar mit den folgenden Begründungen: Wo ein Angebot erweitert werden soll, müssen auch Bedürfnisse und eine entsprechende Nachfrage vorhanden sein. In diesem Zusammenhang müsste also eine fundierte Analyse vorliegen. Sie besteht jedoch lediglich in der Feststellung, dass Jahr für Jahr eben diese Steuereinnahmen rückläufig sein sollen und diese durch Bereitstellung von Bauland und Schaffung von hochwertigem Wohnraum zu stoppen sei. Ich habe mir die Mühe genommen und die Homepage Wohnregion Olten einmal geöffnet. Dort steht eine folgende Aussage ins Auge: „Fast so sonnig wie das Tessin, nur viel günstiger“. Im Nachsatz steht dann: „Haben Sie gewusst, dass die Wohnregion Olten mit attraktiven Landpreisen, niedrigen Baukosten und günstigen Wohnmieten glänzt?“. Im Detail findet man dann aktuelle Angebotszahlen. Diese präsentieren sich wie folgt: Bauland: 36 Objekte, Kaufangebot: 311 Objekte,

Mietangebot: 526 Objekte. Das ist ein Viertel in Olten selber und ehrlichkeitshalber muss ich sagen, dass nur eine Bauparzelle in Olten ausgeschrieben ist. Aber nicht desto trotz widerspiegelt dieses Bild die effektive Situation. Es steht viel unge-nutzter Wohnraum bei uns zur Verfügung. Ich bin zwar etwas skeptisch geworden nach der Präsentation am Anfang unserer heutigen Sitzung. Für gewisse Schichten braucht es eben offenbar in Zukunft Wohnraum, aber nicht unbedingt für diejenigen, welche die Postulanten in Erwägung gezogen haben. Mit den künftigen Angebotserweiterungen im Kleinholz und Mühletalweg sind wir der Ansicht, dass eine zusätzliche Aufstockung von Bauland zur individuellen Nutzung keinem dringenden Bedürfnis entspricht. Zu bemerken ist, dass das Bornfeld, das unter anderem erwähnt ist, von seiner Lage her am Rande der Stadt liegt. Entsprechend den heutigen Lebensgewohnheiten würden wir damit den innerstädtischen Verkehr wieder unnötig belasten. Konzentrieren wir uns also auf die Räume, die Olten wirklich anzubieten hat, Olten SüdWest, und setzen uns dafür ein, dass die vielversprechenden Lebensräume durch zukunftsweisende Wohn- und Infrastrukturanlagen erstellt und optimal genutzt werden können. Das „Gärtli“-Denken, auch wenn ich selber dieses Privileg beanspruche, ist überholt. Wir sind der Ansicht, dass für diese Stadt andere Anreize geschaffen werden müssen, um den Zuzug nach Olten bzw. die Abwanderung aus Olten zu beeinflussen. Mit diesen Feststellungen empfehlen wir, das Postulat abzuweisen.

Marcel Buck: Ich habe eine Frage an Ernst Zingg. Du hast vorher etwas wegen Wohnregion Olten gesagt. Ist die Region gemeint und nicht nur von der Stadt die Rede gewesen? Das habe ich schon richtig verstanden. Wir schliessen uns hier dem Stadtrat an und machen ebenfalls beliebt, das Postulat zu überweisen.

Nadja Rhiner: Die Fraktion CVP/EVP unterstützt die Anliegen des Postulanten und ist einstimmig für eine Überweisung des Postulats.

Rolf Sommer: Ich unterstütze das Postulat und zwar hauptsächlich, weil ein paar Sätze enthalten sind, die ich sehr begrüsse. Das ist die Revision der kantonalen Bauverordnung. Das ist absolut dringendst und auch die Totalrevision des Planungs- und Baugesetzes. Da sind wir auch im Kantonsrat immer etwas an der Arbeit. Aber es ist in Aussicht gestellt. Es sollte irgendwie 2010 einmal kommen. Aber hier müssen wir etwas machen, dass unser Baugesetz und die Bauverordnung ein bisschen einfacher sind. Ihr habt meine volle Unterstützung, wenn ich mithelfen kann, dies zu tun. Ich bin für Überweisung des Postulats.

Beschluss

Mit 40 : 5 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 60/0

Prot.-Nr. 47

Postulat Patrick Kissling (CVP/EVP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Trauzimmer/Beantwortung

An der Sitzung vom 27./28. September 2006 haben Patrick Kissling (CVP/EVP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen zu prüfen, ob und in welchem Rahmen in absehbarer Zeit ein alternativer Standort für das Trauzimmer gefunden werden kann.“

Sehr geehrter Gemeindepräsident
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

Der Stadtrat soll in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde und den zuständigen kantonalen Behörden mögliche Standorte für ein neues Trauzimmer prüfen. Eine Lösung in der Oltenner Innenstadt ist zu favorisieren.

Begründung:

Wie hinlänglich bekannt, ist seit der Reorganisation des Zivilstandswesen eines der kantonalen Trauzimmer an der Frobürgstrasse 5 in Olten. Sowohl das Interieur des Trauzimmers wie auch die zu knappen Platzverhältnisse vor dem Zivilstandesamt verunmöglichen es, diesen feierlichen Anlass in würdigem Rahmen durchzuführen.

Durch die misslichen Umstände entscheiden sich viele Eheschliessende diesen Akt an einem dafür geeigneten Ort durchzuführen. Der Gastronomie von Olten gehen dabei Aufträge im Catering verloren und die Innenstadt verliert an Belebung.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzlich hält der Stadtrat fest, dass es nicht die Sache der Stadt Olten und des Stadtrates ist, mögliche Standorte für ein neues Trauzimmer zu suchen: Seit der Regionalisierung liegt das Zivilstandswesen in kantonomer Kompetenz. Die Stadt Olten hat damals dem Kanton eigene Liegenschaften als Alternativen zum heutigen Standort vorgeschlagen, die jedoch bei der Auswahl des Kantons nicht zum Zuge kamen.

Der Stadtrat stimmt aber mit dem Postulanten überein, dass der heutige Standort des Zivilstandsamts aus Sicht der Eheschliessenden keine optimale Lösung darstellt, und hat deshalb schon vor einiger Zeit mit den Verantwortlichen beim Kanton das Gespräch gesucht, bei dem als Variante auch das Disteli-Haus in Betracht gezogen wurde. Beim Kanton stand aber immer der Bezug einer kantonseigenen Liegenschaft im Vordergrund. Auf Grund der Kontakte hat das Stadtpräsidium erfahren, was im vergangenen Dezember nun auch via Medien offiziell mitgeteilt wurde: Das Zivilstandsamt Olten-Gösgen wird voraussichtlich im Dezember 2007 an der Martin Disteli-Strasse 83 in Olten neue (kantonseigene) Räume beziehen.

Die städtischen Behörden und insbesondere die Baudirektion wurden nicht in diese Entscheidung einbezogen. In Bezug auf den vorgesehenen Standort gilt es aber noch diverse Abklärungen betreffend Umnutzung der Liegenschaft (Bewilligungspflicht), Parkplatzsituation etc. vorzunehmen. Die kantonalen Instanzen wurden in der Zwischenzeit auf diese Themen aufmerksam gemacht.

Nach Ansicht des Stadtrates erübrigt sich der Auftrag des Postulates. Dem Parlament wird empfohlen, dieses zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

- - - - -

Patrick Kissling: Zuerst möchte ich meine Interessen darlegen, damit keine Gerüchte entstehen. Ich habe nicht vor, in der nächsten Zeit zu heiraten. Es ist unserer Fraktion natürlich schon bei der Eingabe des Postulats klar gewesen, dass der Standort des Trauzimmers nicht in die Kompetenz des Stadtrates fällt. Die Wirtschaftsförderung und der Stadtrat versuchen jedoch, bei privaten Firmen und Läden mit grossem Engagement beste Voraussetzungen zu schaffen, um diese in der Stadt Olten zu halten oder dazu zu bewegen, sich in der Stadt Olten niederzulassen. Auch das Zivilstandsamt mit Trauzimmer kann der Oltnrer Innenstadtfrequenz und der Gastronomie in der Innenstadt Umsatz bringen. Wir werden das Gefühl nicht los, dass die Stadt zuwenig unternimmt, um zusammen mit dem Kanton einen geeigneten Standort in der Innenstadt zu finden. Die Antwort zum Postulat verdeutlicht dieses Gefühl. Dort steht nämlich geschrieben: Die Stadt Olten hat dazumal bei der Regionalisierung der Zivilstandsämter im Kanton Liegenschaften vorgeschlagen. Warum macht man nicht noch einmal neue Vorschläge, um den Standort dieses Trauzimmers in der Innenstadt zu behalten? Ich würde es angebracht finden, wenn man das Gespräch mit dem Kanton noch einmal suchen würde, insbesondere, weil der vom Kanton vorgeschlagene neue Standort an der Martin-Disteli-Strasse 83 bezüglich Zonenkonformität und Parkplätze sicher, so, wie er sich jetzt darstellt, nicht tauglich ist. Die CVP/EVP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich überweisen, jedoch nicht abschreiben.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich muss schon noch zwei, drei Sachen zu dieser etwas verdeckten – ich sage es jetzt etwas provokativ – Anschuldigung sagen, man bemühe sich hier für gewisse andere und für so etwas nicht. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Stadtrat bei der Einführung der Regionalisierung des Zivilstandswesens, als es den Kreis Olten gegeben hat, vom Kanton verlangt hat, das Zivilstandsamt sei in Olten. Wurde so gemacht. Zweitens haben wir dies nicht einfach aus dem Bauch heraus gesagt, sondern wir haben ganz konkret mit allem drum und dran eine Offerte gemacht, sogar innerhalb dieses Hauses, nicht so sehr weit weg von diesem Saal, nämlich auf der Seite Richtung Hübelistrasse hinaus, aktuell besetzt durch die Stadtpolizei. Der Kanton hat gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderer in der Stadt diverse andere Liegenschaften angeschaut, hat gewisse Voraussetzungen in den Raum gestellt, zum Beispiel Zugang, Parkplätze in der Nähe, wenn es geht, noch einen fotogenen Ort, wo man ein Foto machen kann usw. Die Stadthauterrasse T oder zuoberst auf dem Dach ist etwas zu wenig attraktiv gewesen. Man hat das Angebot der Stadt Olten abgelehnt – wir haben dies zur Kenntnis genommen – und hat sich dann im Bürgerhaus eingemietet. Das ist für uns relativ überraschend gekommen. Das Bürgerhaus hat umgebaut werden müssen. Darüber sind nicht alle glücklich gewesen, insbesondere auch der Kanton ist nicht so glücklich gewesen, weil ja die Bürgergemeinde damals in einer relativ schwierigen finanziellen Situation gewesen ist. Das ist der aktuelle Stand. Man hat relativ bald gesehen, dass es ein denkbar schlechter Ort ist. Ich spreche nicht einmal davon, was drinnen abläuft, sondern einfach vom Zugang her. In den meisten Fällen sind es die grossen Gesellschaften, die sich an einem Freitag dort treffen und den schönen Akt miteinander begehen wollen. Meistens hat es dann auch noch gleich viel Verkehr und sie stehen halbwegs auf der Strasse. Die vor dem Haus auf dem Trottoir angebrachte Kette ist ein entscheidender Punkt. Jetzt zur

heute präsentierten Antwort: Wir haben uns, nachdem nach etwa zwei Jahren vom Kanton bemerkt worden ist, dass es kein guter Standort ist, immer wieder bemüht und haben diverse Liegenschaften im Zentrum von Olten gehabt. Sinnigerweise hat es jetzt dort gerade Bestattungsinstitute. Nehmen Sie dies auch zur Kenntnis. Es ist halt einfach nicht so gewesen, wie man es hat haben wollen. Dann hat der Kanton Folgendes entschieden, und das ist jetzt matchentscheidend: Wir müssen jetzt zuerst diejenigen Liegenschaften besetzen, die uns selber gehören. Es ist schlicht und einfach eine Frage der Rendite, eine Liegenschaft, die man nicht mehr braucht, nicht kaputt gehen zu lassen, nicht zu verkaufen, sondern man hat gesagt: Wir benutzen zuerst einmal unsere eigenen Liegenschaften. Dann ist zu diesem Entscheid für die Martin-Disteli-Strasse gekommen. Patrick Kissling hat auch den letzten Abschnitt in der Beantwortung angesprochen. Er zeigt ja auch die Schwierigkeit. Es tut mir leid. Ich muss es hier deklarieren. Man hat es von den zuständigen Stellen des Kantons unterlassen, vielleicht vorher mit den Mitarbeitern von Kollegin Silvia Forster ein Gespräch betreffend Zonenkonformität und Parkplatzsituation zu führen. Über das Gebäude selber und den Innenhof diskutieren wir nicht. Aber die Umgebung muss auch stimmen. Da ist man jetzt daran. Wir bemühen uns nicht mehr, weil der Kanton dies praktisch, als Du den Vorstoss eingereicht hast, entschieden hat und ich habe sozusagen in der Beantwortung nur noch anbringen können, dass wir die Medienmitteilung einen Tag vor der Publikation in der Zeitung erhalten haben. Das ist einfach Tatsache. In diesem Sinne ist die Stadt im Moment nicht in der Lage, dies zu ändern. Vielleicht, wenn hier irgend eine Schwierigkeit entsteht im baulichen oder Bewilligungsbereich, werden wir uns garantiert wieder ins Spiel bringen. Jetzt komme ich zum Punkt überweisen und abschreiben. Diese Diskussion haben wir vor ein paar Minuten geführt. Art. 65 der Geschäftsordnung heisst: „Undurchführbar abschreiben“ oder „Massnahme zur Durchführung eingeleitet oder ergriffen ist“ ist ein begründeter Antrag auf Aufschreibung. Diesen Antrag stellen wir, weil wir nämlich begründet sagen können, wir haben unseren Job gemacht.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ihr müsst die Interessenbindung in diesem Geschäft nicht offen legen.

Marion Bachmann: Ich finde das Anliegen von Patrick Kissling sehr wichtig. Es kann nur im Sinne eines guten Standortmarketing – ich brauche jetzt dieses schöne Wort auch einmal – sein, wenn Olten als regionales Zivilstandsamt auch über ein möglichst attraktives Trauzimmer verfügt und sich somit möglichst viele Paare auch dazu entschliessen, in unserer Stadt zu heiraten. Wir haben in der Beantwortung zur Kenntnis genommen, dass kantonale Instanzen für die Standortwahl bestimmend sind. Das ist uns auch klar. Die vorgeschlagene Variante Martin-Disteli-Strasse scheint jedoch weder zentral noch gut erreichbar und es stellt sich ja auch noch die Frage, dass es eben zonenkonform sein wird. Ich bin klar der Meinung, dass wir als Stadt Olten unser „Mitwirkungsrecht“ doch voll ausschöpfen sollten mit zum Beispiel konkreten Gegenvorschlägen, neuen Vorschlägen, Forderungen und Wünsche von unserer Seite. Das soll jetzt nicht eine Unterstellung sein, Ernst Zingg, dass Ihr dies nicht gemacht hättet. Wir werden das Postulat überweisen. Ein Teil unserer Fraktion wird es aber nicht abschreiben wollen und der Rest wird es abschreiben.

Christian Werner: Die SVP-Fraktion erachtet die Anliegen an und für sich und insbesondere in Bezug auf das Oltner Gastgewerbe als berechtigt. Ob und inwiefern die erwähnte Belebung der Innenstadt einen relevanten Verlust erfährt, entzieht sich unserer Kenntnis und kann sicherlich bezweifelt werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Kompetenz im Zivilstandswesen beim Kanton liegt und auch vor dem Hintergrund, dass voraussichtlich im Dezember 2007 das Zivilstandsamt sowieso neue Räume bezieht, wird die SVP-Fraktion das vorliegende Postulat überweisen, gleichzeitig aber auch abschreiben.

Candidus Waldispühl: Als Sprecher der Grünen/Jungalternativen Fraktion möchte ich auch noch unsere Gedanken zu diesem Postulat äussern. Die Ziviltrauung ist ja zunehmend zum eigentlichen zeremoniellen Ereignis von Hochzeiten geworden, weil viele auch keine kirchli-

che Trauung mehr haben. Es betrifft vor allem ja Schweizer und Schweizerinnen. Bei den ausländischen Hochzeitsgesellschaften gibt es ja mehr auch noch irgendwelche zeremoniellen Feiern, die zum Teil in riesigen Turnhallen oder sonst irgendwo stattfinden. Aus dieser Optik unterstützen wir die Zielrichtung, die auch der Stadtrat dargelegt hat, was die Anforderungen an ein solches Trauzimmer sind. Es muss ein eigentlicher Versammlungsort und nicht einfach ein Trauzimmer sein für eine ganze Hochzeitsgesellschaft, gute Erreichbarkeit, IV und ÖV ist dann nötig, schöne Örtlichkeiten, Gartentreppen für Fotos usw., Möglichkeit für Apéro und Catering und so weiter und so fort. Es gibt auch zusätzliche Möglichkeiten. Man kann dies zum Beispiel beim Schloss Thun nachlesen. Dort kann man sich nämlich auch kirchlich trauen lassen. Diejenigen, die etwas Spezielles möchten, können auch speziell zahlen, und könnten eine solche Trauung in einem Schloss machen. Ich finde dies eine sehr gute Möglichkeit. Es gäbe auch noch eine finanzielle Seite, um das andere zu finanzieren, abgesehen von allem. Ich denke, man muss einfach die Bedürfnisse der Bevölkerung hier aufnehmen können, weil dies eine ganz wichtige Dienstleistung des Kantons ist. Meistens hat man ja mit Behörden bei anderen Gelegenheiten zu tun, wo man eher Geld aus dem Portemonnaie nehmen muss oder sonst unliebsame Begegnungen. Ich denke, gerade eine solche Trauung ist eine tolle Gelegenheit für eine Verwaltung, um auch den Kontakt mit der Bevölkerung zu pflegen. Von daher meine ich, dass es auch einen möglichen grossen Schaden ergeben kann, wenn der Kanton einfach irgendwo in einem Hinterzimmer eine solche Trauung anbietet. Davor möchte ich warnen und würde eigentlich den Stadtrat unterstützen, am Ball zu bleiben, auch wenn es keine Fussball-Europameisterschaft ist. Ich weiss nicht, ob wir das Postulat jetzt nicht abschreiben möchten, nachdem ja der Stadtrat eigentlich gar nicht zuständig ist. Jedenfalls möchten wir den Stadtrat dringendst ermuntern, jetzt hier nicht einfach das Feld zu räumen, sondern sich weiter zu engagieren.

Thomas Frey: Ich kann meine Interessenbindung hier auch offen legen. Ich bin schon einmal verheiratet gewesen und kann also sagen, dass die Schönheit oder Qualität des Ortes, wo man eine solche Trauung vollzieht, nachher keinen Einfluss auf die spätere Ehe hat. Nichts desto trotz erachte ich dies natürlich auch als sehr wichtig, dass man einen attraktiven Ort hat, dass dies dazu gehört und unsere Stadt natürlich attraktiv macht. Das ganze Spiel, das hier gelaufen ist und dem man hat zuhören können, zeigt auch, mit welcher Sensibilität man in Solothurn mit unseren Oltner Problemen umgeht. Ich möchte den Stadtrat ermutigen, hier den Finger darauf zu halten und diese Sachen in die Bahnen zu lenken, dass wir am Schluss ein Trauzimmer dort haben, wo wir es eigentlich verdienen und wir alle, die hier sitzen, es uns eigentlich auch vorstellen. Wir werden auch einstimmig für Eintreten stimmen und nachher abschreiben.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich kann es natürlich nicht lassen, am Schluss noch etwas zu sagen. Candidus Waldispühl hat mich angesprochen: Die Stadt hat auch schon etwas ganz Praktisches beigetragen zur Struktur dieser berühmten Schlossheirat. Die Stadt Olten ist bekanntlich Mitbesitzerin von Schloss Wartenfels. Nebst der Waldegg und der Bechburg ist das Schloss Wartenfels ein beliebter Trauungsort geworden. Dort hat man auch zuerst alle unter einen Hut bringen und insbesondere den Kanton überzeugen müssen, dass dem möglich ist. Nehmen dies einfach zur Kenntnis. Dies läuft also bereits relativ gut, mit guten Einnahmen an einem wunderschönen Ort.

Beschluss

Einstimmig wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 28 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Direktion Präsidium/Herrn Markus Dieter
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 45/13

Prot.-Nr. 48

Interpellation Lukas Derendinger (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Schulsozialarbeit/Beantwortung

Mit Datum vom 5. Mai 2006 hat Lukas Derendinger (SP-Fraktion) folgende Interpellation eingereicht:

«Im Juni 2004 wurde vom damaligen Stadtrat René Rudolf von Rohr, das von der Fachgruppe und der Fachhochschule ausgearbeitete Konzept für das Pilotprojekt „Schulsozialarbeit“ vorgelegt. Das Parlament nahm dieses sowie die Terminplanung zur Kenntnis. Die Planung sah vor, das Pilotprojekt bis Herbst 2006 laufen zu lassen und dieses auch eingehend auszuwerten. Nun wurde das Projekt vergangenen März frühzeitig eingestellt. Der SP stellen sich diesbezüglich folgende Fragen:

1. Wurden bei der Anstellung der beiden Fachpersonen die Rahmenempfehlungen für Schulsozialarbeit (SSA) berücksichtigt? (Hrsg. Berufsverband für Schulsozialarbeit, 28. August 2004)
2. Im vorgeschlagenen Konzept für die SSA wurde bei der Personalfrage insbesondere empfohlen, je einen Mann und eine Frau anzustellen. Weshalb wurde dieser Empfehlung nicht Rechnung getragen?
3. Das Pilotprojekt der SSA war den Direktionen „Bildung und Sport“ und „Soziales“ unterstellt. Welcher Direktion soll eine zukünftige SSA unterstellt werden?
4. An welchem Standort soll diese angesiedelt werden, um einen niederschweligen Zugang für die Kinder und Jugendlichen garantieren zu können?
5. In welcher Form soll die Schulkommission in zukünftige Entschlüsse betreffend der SSA einbezogen werden?
6. In welcher Form soll die Fachhochschule beider Basel (FHBB) in zukünftige Entschlüsse betreffend der SSA einbezogen werden?

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Vorweg bleibt festzuhalten, dass das Projekt Schulsozialarbeit nicht frühzeitig eingestellt wurde, sondern nach Ablauf der 2-jährigen Pilotphase wie vorgesehen einer Überprüfung resp. einer daraus resultierenden Konzeptanpassung unterzogen wird. (Standortbestimmung).

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass der Unterbruch in der Schulsozialarbeit infolge der notwendig gewordenen Projektanpassung nicht von allen verstanden wird. Die Schulsozialarbeit ist auch an den Schulen der Stadt Olten ein Bedürfnis. Es wurden jedoch Massnahmen getroffen, welche mögliche Interventionen von ausgebildeten Fachkräften in entsprechenden Situationen ermöglichen. Dies war im Schuljahr 2006/07 auch bereits in zwei Fällen nötig. Das Ziel des Stadtrates ist, das angepasste Konzept auf Beginn des Schuljahres 2007/08 zum Tragen kommen zu lassen. Der entsprechende Bericht und Antrag soll im März 2007 dem Gemeindeparlament vorgelegt werden. Dabei wird auch die Frage nach dem Bedarf transparent dargelegt.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Bei der Anstellung stützte sich die Direktion Bildung und Sport auf die Empfehlungen der Fachhochschule für Pädagogik und Soziales beider Basel, welche im Bereich Schulsozialarbeit eine Vorreiterrolle einnimmt. Im Rahmenkonzept wurde unter Punkt 4.4. folgende Empfehlung abgegeben: 100 Stellenprozente, verteilt auf 2 Personen, nach Möglichkeit beiden Geschlechtes. Erfahrungshintergrund (für den Einsatz im Schulhaus Säli) schwergewichtig in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Erfahrungshintergrund für die anderen Einsätze auch in der Arbeit mit Kindern und Familien. Die Kombination einer gut qualifizierten Sozialpädagogin mit einer engagierten, jungen Sozialarbeiterin, die noch die Diplomarbeit zum Thema Schulsozialarbeit abschliessen musste, schien aus damaliger Sicht die bestmögliche Lösung.
2. Die Stellen wurden für die 2-jährige Pilotphase ausgeschrieben. Ausgebildete Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mit praktischer Erfahrung sind auf dem Arbeitsmarkt Mangelware. Sie finden schnell unbefristete Stellen. In der Regel treten Personen ohne entsprechende Erfahrung Projektstellen an und erarbeiten sich dann die Erfahrung. Auf die Ausschreibung meldeten sich Bewerberinnen und Bewerber, die nicht alle Anforderungen erfüllten. Leider ging nur eine Bewerbung eines Mannes ein, welche erst noch mit Auflagen verbunden war. So kam es zur unter Punkt 1 beschriebenen Lösung. Als Alternative stand eine Neuausschreibung und damit die Verschiebung des Starts der Pilotphase zur Diskussion.
3. Nach der Auswertung der Berichte der Fachhochschule, der beiden involvierten Direktionen und der SSA wird klar, dass die zukünftige Unterstellung nur bei einer Direktion sein wird. Ob dies die Sozial- oder Bildungsdirektion ist, kann zur Zeit noch nicht abschliessend beurteilt werden, da zu dieser Frage auch die Schulleitungen und die Schulkommission ihre Meinung abgeben können. Vor- und Nachteile müssen noch eingehend besprochen werden, bevor über die Unterstellung entschieden wird. Diskutiert wurde die Unterstellung innerhalb der Sozialdirektion als Stabsstelle oder bei der Bildungsdirektion als Abteilung analog ICT oder Schulzahnklinik. Für alle klar ist jedoch, dass die gesamte Abwicklung unter einer eigenen neuen Kontonummer „Schulsozialarbeit“ erfolgen muss.
4. Die Schulsozialarbeit findet in der Regel vor Ort, d.h. bei den einzelnen Schulhäusern statt. Der Stadtrat will die Schulsozialarbeit für alle Schulen der Stadt Olten einführen und das Angebot nicht auf einzelne Schulhäuser beschränken. Damit jedoch die Führung direkter und klarer wahrgenommen werden kann, wird eine Ansiedlung an einer zentralen Stelle angestrebt. Diese kann im oder in der Nähe des Stadthauses sein. Die Schulleitungen müssen für die Schulsozialarbeit entsprechende Zeitgefässe und einen geeigneten Raum (temporär) zur Verfügung stellen. Diese Lösung bewährt sich bereits andernorts, so z.B. in Solothurn, Grenchen und in der Agglomeration Aarau.
Als Variante wird auch eine Ansiedlung im Schulhaus diskutiert, wobei dann sinnvollerweise die Unterstellung an die entsprechende Schulleitung delegiert werden müsste, was sich als wenig praktikabel erweist und Interessenkonflikte hervorrufen könnte.
5. In der Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit ist die Schulkommission mit 2 Mitglieder vertreten. Damit ist sicher gestellt, dass die Schulkommission zu der neuen Vorlage zur Vernehmlassung beigezogen wird und dass das überarbeitete Konzept in den Gremien auch rechtzeitig diskutiert werden kann.
6. Mit der Abgabe des Evaluationsberichtes ist das Mandat der Fachhochschule Pädagogik und Soziales beider Basel abgeschlossen. Der Bericht ist für die Überarbeitung des Konzeptes eine wesentliche Stütze. Die Fachhochschule ist gerne bereit, uns auf Wunsch bei der weiteren Arbeit beratend zur Seite zu stehen.

- - - - -

Lukas Derendinger: Als erstes möchte ich mich für den Vorwurf entschuldigen, das Projekt sei frühzeitig eingestellt worden. Ich habe mich dazu ganz einfach falsch informiert oder habe es falsch aus der Presse entnommen. Trotzdem finden wir es nach wie vor schade, dass die Schulsozialarbeit nicht ohne Unterbruch weitergeführt werden können. Zur zweiten Frage, zur Empfehlung, je einen Mann und eine Frau anzustellen, möchten wir noch Folgendes anregen: Falls wirklich Wert auf eine Anstellung eines Mannes für die Schulsozialarbeit gelegt wird, sollte man bei einer zukünftigen Projektausschreibung vielleicht daran denken, dass Männer heutzutage nach wie vor eher selten Teilzeitarbeit leisten können oder wollen, sei es aus familiären oder anderen Gründen. Werden also bloss 100 %, aufgeteilt auf 50/50 oder anders, ausgeschrieben, wird es wahrscheinlich nach wie vor schwierig sein, einen Schulsozialarbeiter zu finden. Ich denke, mit einer 150 %-Stelle oder Ausschreibung aufgeteilt 70/80 oder ähnlich würde dieses Problem entschärft. Die Frage der Unterstellung der Schulsozialarbeit zu einer bestimmten Direktion ist auch in der SP-Fraktion noch nicht abschliessend entschieden, wie auch vom Stadtrat in der Beantwortung, und wird meiner Meinung nach sicher noch zu Diskussionen führen. Bei einer örtlichen Ansiedlung der Schulsozialarbeit an zentraler Stelle, also im Stadthaus oder in dessen Nähe stellt sich für uns die Frage des Nutzens. Da die Arbeit der Schulsozialarbeit grösstenteils an den Schulen selber stattfindet, brauchen die Schulsozialarbeitenden an den Schulen sicher sowieso ein Lokal. Auch das Argument, dass die Schulsozialarbeitenden während den Schulferien ein Arbeits-Backoffice brauchen sollen, finden wir nicht schlüssig. Sinnvoller wäre es doch, im Sinne einer höheren Präsenzzeit an den Schulen, dass sie gleich wie die Lehrer vor allem während des Schulbetriebs anwesend sind, also sprich, dass man schauen würde, dass sie über eine Jahresarbeitszeit zu ihrem Pensum kommen und dann halt quasi während des Schulbetriebs mehr arbeiten. Letzter Punkt: Da das Mandat der Fachhochschule jetzt abgeschlossen ist, stellt sich die Frage, wer die zukünftige Schulsozialarbeit fachlich unterstützen wird. Ich denke, zumindest in einer ersten Phase sollte dies von einer Externstelle mit Erfahrung in der Schulsozialarbeit passieren. Hier wäre meine Frage noch, ob diesbezüglich schon etwas vorgesehen ist oder ob man schon weiter etwas überlegt hat, zum Beispiel die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule. Zum Schluss danke ich dem Stadtrat für seine Beantwortung und darf sagen, dass ich mit der Antwort zufrieden bin.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Eine ganz kurze Vorbemerkung: Zuerst ist der Stadtrat froh, dass wir diese Interpellation noch vor dem Sachgeschäft, das folgt und im März vorgesehen ist, behandeln können. Wir sind zwar nicht sitzungswütig, aber heute sind wir froh gewesen, dass das Büro trotz mangelnden Sachgeschäften diese Sitzung durchgeführt hat. Es geht vor allem darum, dass im Bereich der Schulsozialarbeit, die gestellten Fragen im Vorfeld der Sachvorlage, die folgt, diskutiert werden können, dass auch Inputs erfolgen können, welche diese Vorlage betreffen. Es ist ja vor allem, aber nicht nur, die Frage der Unterstellung. Ich denke, hier machen mein Kollega Peter Schafer und ich nicht irgend ein Wettrennen. Das werden wir sachlich ausdiskutieren. Übrigens sind wir beide federführend in diesem Geschäft. Es wird so sein, dass vor allem auch die Unterstellung bzw. auch die Ansiedlung eine Frage ist. Wo siedeln wir sie an? Hier erhoffen wir doch von dieser Interpellation, von der Diskussion hier im Rat Rückmeldungen an uns. Wir möchten Euch wirklich ermutigen, Euch hier auch zu gewissen Aussagen aus den Fraktionen gegenüber dem Stadtrat ermutigen zu lassen. Diese Rückmeldungen sind wichtig, auch in Bezug auf die Schulsozialarbeit als solche. Für den Stadtrat ist es klar, dass wir diese brauchen. Wir stehen hinter dieser Schulsozialarbeit. Die Diskussion, die hier erfolgt, kann dazu beitragen, dass wir noch wichtige Hinweise vom Parlament erhalten, die in die Vorlage einfließen können.

Christian Wüthrich: Wir sind natürlich nicht unbedingt erfreut, dass wir eine Beantwortung, mit welcher der Interpellant an und für sich zufrieden ist, heute politisch ausdiskutieren müssen, wenn in zwei Monaten ein Bericht und Antrag auf dem Tisch liegen wird. Wenn es wichtig wäre, dass man dies politisch vorbespricht, müsste man eine erste Lesung oder Informationsrunde machen, wo man bedeutend mehr Daten hat als sechs Fragen, die hier beantwortet sind und - wenn Du erlaubst, Martin - die Kernfrage Nummer 3 eigentlich immer noch im

offenen Raum steht- das heisst, in zwei Monaten kommt der Bericht und Antrag – ist es für mich eine dünne Diskussion, die wir heute hier führen müssen. Dann hätte ich lieber eine Lesung, wo man das Ganze einmal berücksichtigen kann, welche Ziele Ihr überhaupt mit einem Bericht und Antrag verfolgt, also auf sechs Fragen ist etwas schwierig. Wir haben in der Fraktion diskutiert, ob es Sinn macht, wenn wir heute darüber diskutieren, wenn in zwei Monaten der Bericht und Antrag kommt. Ich denke jetzt eher weniger. Vielleicht haben Fraktionen eine andere Meinung, die heute noch möglichst lange diskutieren und euch viele Inputs geben wollen. Ich weiss es nicht.

Rudolf Lutz: Ich möchte mich jetzt eigentlich Christian gleich anschliessen. Wir haben im Vorfeld in der Schulkommission schon einmal über dieses Thema etwas diskutiert. Du bist dabei gewesen oder Ihr seid dabei gewesen. Sie wissen etwa, was von einigen Seiten her einmal gedacht wird und in welche Richtung es geht. Ich denke, es hat keinen Sinn, dass wir jetzt eine Riesendiskussion auslösen, wenn noch diverse Fragen im Raum stehen, die wirklich wichtig sind. Ich begreife Euch, dass Ihr vielleicht Auskünfte möchtet, aber ich glaube, es macht keinen Sinn, weil es in den Fraktionen auch noch nicht so diskutiert worden ist, dass es wirklich Entscheidungen sind, wo man sagen kann: Wir haben dies durchdacht und das ist unsere Meinung.

Daniel Joss: Wir von der CVP/EVP-Fraktion geben jetzt schon einen Input, damit Ihr schon hört, in welche Hinsicht wir tendieren. Wir sind der Ansicht, dass es von Vorteil ist, wenn die Schulsozialarbeit durch eine Frau und einen Mann gewährleistet wird, besonders mit dem Hinweis, dass vielleicht dadurch die Hemmschwellen nicht zu hoch sind und es einfach Situationen gibt, die man nachher lieber mit einer Frau oder einem Mann besprechen will. Aus diesem Grunde sehen wir auch die Stellenprozente in einer Bandbreite von 100 bis 150 %. Vor allem haben ja die Erfahrungen gezeigt, dass es einfacher ist, qualifizierte Personen zu finden, wenn ein höheres Arbeitspensum als 50 % zur Verfügung steht, insbesondere ist es dann sicher auch einfach, einen Mann zu finden. Was den Standort betrifft, bevorzugen wir einen zentralen Ort, zum Beispiel im Stadthaus, da das Angebot der Schulsozialarbeit für die ganze Stadt gelten soll und nicht nur für ein einziges Schulhaus. Die Arbeit selber hat natürlich vor Ort im jeweiligen Schulgebäude zu erfolgen. Sicher erstellt werden sollte ist eine Art Pflichtenheft, das heisst eine genaue Darlegung, was die Zielsetzungen sind, was genau erwartet wird in Sachen Intervention usw. Bei der Frage betreffend der Direktionsunterstellung ist die Fraktion mehrheitlich der Auffassung, dass die Stelle der Direktion Soziales angegliedert werden sollte. Zum Schluss steht oder fällt das Ganze ja eigentlich so oder so mit der Qualifikation, dem Engagement und der Überzeugung des neuen Stelleninhabers bzw. der neuen Stelleninhaberin.

Iris Schelbert: Grundsätzlich muss ich mich schon auch Christian Wüthrich ein Stück weit anschliessen. Aber da offenbar der Bericht und Antrag halt noch nicht fertig gestellt ist für die Behandlung im März und wir hier wirklich Gelegenheit haben sollten, solche Inputs noch geben zu können, hat unsere Fraktion Grüne/Jungalternativen jetzt davon Gebrauch gemacht und wir geben unsere Inputs. Wir danken einmal dem Stadtrat für die Zustellung des Evaluationsberichts der FHNW zu diesem Projekt SSA. Ohne dieses Papier, nur aufgrund der Beantwortung der Interpellation, wäre eine politische Stellungnahme und Wertung heute sehr schwierig gewesen und wir hätten nur auf unsere Fraktionserklärung vom März 2006 hinweisen können. Der Bericht ist ausführlich und informativ und bei einem Neustart sicher hilfreich. Ich möchte jetzt nicht auf die Vergangenheit zurückkommen. Fehler sind auf jeder Ebene gemacht worden und daraus muss man ja lernen. Dieser Bericht wird dabei helfen. Wir möchten aber noch einmal darauf hinweisen, dass die angebotene weitere Beratung der FHNW ohne Kostenfolge für die Stadt sein muss, weil auch sie ihre Fehler gemacht haben. Im März 2007 soll nun ein Neustart der SSA im Parlament diskutiert und beschlossen werden. Deshalb geben wir unsere Überlegungen schon noch einmal ein. Wir möchten aber nur zu den Empfehlungen der Fachhochschule etwas sagen. Wir gehen nicht zu sehr in die Details, weil sie dann wahrscheinlich im Bericht und Antrag stehen. Zu Rahmenbedingungen

und Strukturen: Wir sehen die Unterstellung der SSA bei der Direktion Bildung. Die Unterstellung bei der Direktion Soziales sehen wir als eher problematisch an, obwohl es so vom Schiff aus gesehen logisch wäre. Wir haben dies lange diskutiert. Aber die SSA ist ein Angebot für die Schule. Wir haben auch Befürchtungen, dass in Einzelfällen, wo Familien schon mit dem Sozialamt zu tun haben, unglückliche Verknüpfungen oder Schwierigkeiten bei der Abgrenzung vorkommen könnten. Man spricht heute von drei Modellen der Schulsozialarbeit: Das Integrationsmodell, das Distanzmodell und das Kooperationsmodell. Das Kooperationsmodell, wo Schule und Schulsozialarbeit je ihre Eigenständigkeit behalten, aber gleichwertig sind. Das Kooperationsmodell würden wir befürworten und aus dem Evaluationsbericht sieht man auch, dass es in diese Richtung gehen soll. Die Schulsozialarbeit orientiert sich am Schulalltag und arbeitet individuell in Gruppen oder Klassen und kann so Einfluss auf die Schule haben. Das ist der Grund, weshalb wir die Unterstellung eher bei der Bildung befürworten würden. Da weicht unsere Ansicht von der Empfehlung der FHNW ab. Das Dreikreis-Modell haben wir von Anfang an als sehr schlecht empfunden. Wir möchten, dass die Schulsozialarbeit nicht einem Schulhaus zugeordnet wird, sondern als Angebot für alle Schulen verstanden wird. Wo viel Schulsozialarbeit notwendig ist, darf nicht vorgängig festgelegt werden. So wird eine Schule, ein Schulhaus gleich im Voraus stigmatisiert und es engt die Sichtweise und den Arbeitskreis der SSA unnötig ein. Die räumliche Ansiedlung im Sälisulhaus lehnen wir deshalb ganz klar ab. Vielmehr muss – hier sind wir mit anderen Fraktionen einig – ein Büro in der Innenstadt angeboten werden, wo der Zugang für jugendliche Kinder und Eltern möglichst niederschwellig ist. Nicht alle Leute gehen gerne in ein Schulhaus, wenn man weiss, dass dort die Schulsozialarbeit zu Hause ist oder ins Stadthaus. Vielleicht ist es möglich, andernorts ein Lokal als Backoffice zu finden. Zusätzlich muss aber in jedem Schulhaus ein Raum sein und es müssen feste Präsenzzeiten der Sozialarbeitenden in den Schulhäusern vorhanden sein. Zum Umgang mit Zielformulierungen: Bei diesem Punkt sind wir einverstanden mit FHNW. Wir haben auch schon in der Fraktionserklärung festgehalten, dass Erfahrungen laufend ausgewertet werden müssten, damit man schnell reagieren kann, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Was wir dazumal kritisiert und heute wieder verlangen, ist die Anstellung eines Mannes und einer Frau, wirklich von beiden Geschlechtern, mit abgeschlossener Ausbildung und Erfahrung auf diesem Gebiet. Dieser personellen Besetzung muss allergrösste Aufmerksamkeit zukommen. Es ist uns ganz klar, dass sich für ein befristetes Projekt nicht unbedingt die erste Liga bewirbt. Aber darauf können wir als Parlament reagieren und die SSA definitiv und unbefristet einführen, weil wir über die Notwendigkeit einer Schulsozialarbeit nicht mehr diskutieren müssen. Dieser Bedarf ist erwiesen. 100 Stellenprozente dafür sind sicher eher ein Minimum und müssen eigentlich auch nicht mehr in Frage gestellt werden. Wir könnten dies durchaus definitiv beschliessen. So hätten wir auch die Chance, eher an Fachleute heran zu kommen. Schulsozialarbeit erfasst Störungen frühzeitig, hilft Krisensituationen zu bewältigen, fördert die Sozialkompetenz und unterstützt Schule und Eltern. Das ist Sinn und Zweck in aller Kürze. Wir wollen nicht detaillierter werden. Wir wollen uns nicht heute äussern zu Strukturen, der Einführung der Schulsozialarbeit, Aufgabenkatalog, Pflichtenheft, Art und Umfang der Qualitätskontrolle und was hier noch alles dazu gehört. Das werden wir im März dann anhand des Berichts und Antrags des Stadtrats diskutieren können. Wir hoffen, dass unsere Überlegungen in die Vorlage, die offenbar noch in Bearbeitung ist, einfliessen können und wir sind sehr gespannt auf den Bericht und Antrag im März.

Andreas Schibli: Wenn ich auf die Einladung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten schaue, sehe ich unter Punkt 7.5 Interpellation Lukas Derendinger betr. Schulsozialarbeit. Dann haben wir das Papier mit den sechs Fragen und die Antwort des Stadtrates. Ich möchte es noch einmal sagen: Die Fragen sind absolut berechtigt und mir scheint, dass sie auch absolut befriedigend beantwortet sind, wie es auch der Interpellant gesagt hat. Ich habe grundsätzlich Mühe, wenn wir jetzt fast etwas Mutmassungen machen oder eben über etwas diskutieren, das nicht ganz klar traktandiert worden ist. Ich habe mich für ein paar Punkte erwärmen können, die auch meine Vorredner bezüglich Schulsozialarbeit gesagt haben.

Aber ich finde das Vorgehen des Stadtrates nicht besonders geschickt, wenn wir jetzt noch über irgendwelche Eventualitäten diskutieren. Wir haben einen Bericht auf dem Tisch, wir haben sechs Fragen auf dem Tisch, wir haben sechs Antworten auf dem Tisch. Wie es unser Fraktionschef schon gesagt hat, würde ich eher bevorzugen, dass man vielleicht eine erste Lesung macht, vielleicht eine zweite Lesung oder die grundsätzliche Diskussion über die Schulsozialarbeit erst dann macht, wenn Bericht und Antrag auf dem Tisch sind. Auch dann können von den verschiedenen Fraktionen bzw. von den verschiedenen Mitgliedern dieses Parlaments Anträge kommen. Jetzt habe ich noch eine grundsätzliche Frage an den Stadtrat: Wird es in Zukunft so sein, dass, wenn man eine solche Interpellation hat, die von mir aus gesehen, wie es der Interpellant auch gesagt hat, befriedigend beantwortet ist, nachher eine grosse Diskussion los gehen soll?

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich glaube, diese Frage geht nicht nur an den Stadtrat, sondern auch an das Büro, weil wir uns im Büro über diese Frage unterhalten haben. Iris Schelbert sagt als Vizepräsidentin des Büros etwas dazu.

Iris Schelbert: Ich muss jetzt vielleicht den Stadtrat kurz etwas in Schutz nehmen. Wir haben Bürositzung gehabt. Ich habe sie geleitet und Ernst Zingg ist mit dem Anliegen gekommen, wir möchten die heutige Sitzung nicht absagen. Wir haben nämlich eigentlich gedacht, man könnte sie absagen, weil praktisch nur persönliche Vorstösse und keine Sachgeschäfte zur Diskussion stehen. Der Stadtrat hat aber gewünscht, dass sich die Fraktionen aufgrund der Interpellation von Lukas Derendinger noch einmal dazu äussern können, einfach bei den Eckpfeilern der Schulsozialarbeit, in welche Richtung wir dies gerne hätten. Es ist dann der Auftrag von den Fraktionen an die Büromitglieder gegangen: Geht in die Fraktionen. Diskutiert dies so und kommt mit diesen Eckpfeilern wieder zurück. Das hat eigentlich das Büro so entschieden und es wäre auch die Meinung gewesen heute, dass sich die Fraktionen so äussern würde. Es ist Euch überlassen, wenn Ihr dies lieber nicht möchtet. Aber das Büro nimmt dies auf sich. Deshalb ist auch die Sitzung heute traktandiert worden, damit nachher im März, wenn wir die Vorlage haben, sie nicht in Bausch und Bogen zerrupft, zerrissen, zerstampft wird, sondern dass wir vorher sagen können, in welche Richtung wir dies etwa lieber hätten. Dies einfach als Erklärung, weshalb wir dies heute so machen.

Mario Clematide: Mein BBZ ist natürlich nicht vergleichbar mit den Volksschulen hier auf dem Platz Olten. Wir haben einen Campus mit 2'700 Schülerinnen und Schülern, pro Tag etwa 600 regelmässig. Wir haben auch keinen Schulsozialarbeiter. Aber wir haben mehrere Fachlehrer und Fachlehrerinnen mit Zusatzausbildungen, Nachdiplomstudien wie Mediator oder Heilpädagogie. Es sind an und für sich drei Erfahrungen, die ich mache – ich glaube, ich darf dies sagen – auf einem Campus mit einem guten Klima. Erstens: Der Schulsozialarbeiter gehört auf den Campus. Er muss die Schule spüren. Er muss auch Teil der Schule sein. Das kann ich mit einem BBZ sagen, so wie ich es bei mir vorfinde. Zweiter Punkt: Für mich spielt das Geschlecht des Schulsozialarbeiters keine Rolle, sondern entscheidend ist, ob diese Person die Akzeptanz der Lernenden und Lehrenden hat. Es kann vielleicht einen Unterschied machen, ob es an einer Volksschule ist oder jetzt bei mir, wo sie 16 bis 20 sind. Das Dritte habe ich bei Iris Schelbert etwas heraus gespürt. Das hat mich etwas überrascht. Schulsozialarbeit soll als Chance wahrgenommen werden und nicht als Risiko. Dein Hinweis stigmatisieren, wenn es an einer Schule ist, kommt bei mir etwas falsch an. Schulsozialarbeit muss als Chance angesehen werden und nicht als Risiko. Diese drei Bemerkungen möchte ich jetzt machen.

Caroline Wernli Amoser: Auch wir haben versucht, mindestens ansatzweise, eine politische Diskussion zu diesem Thema zu führen. Bei uns hat der Stadtrat eingebracht, dass dieses Anliegen eigentlich vorhanden wäre oder wir haben es nicht geschafft. Wir haben einfach gemerkt, dass wir mehr Zeit brauchen. Wir können jetzt nicht einfach am Abend anhand dieser Interpellation – wir haben zwar auch noch Zusatzunterlagen erhalten – aber einfach so etwas aus dem Bauch heraus diskutieren. Ich möchte dies hier einfach festhalten

und zwar sind es einfach meine Bedenken, auch ein bisschen, dass dann im März, wenn der Bericht und Antrag kommt, es heisst: Ihr hättet ja sagen können und habt dann nicht gesagt. Wir sagen jetzt: Wir können jetzt nicht sagen und haben dann vielleicht schon noch Anliegen. Das ist mir wirklich sehr wichtig. Zwei Sachen kann ich sagen. Aber es gäbe vielleicht andere Sachen, die wichtiger sind. Das kann ich jetzt wirklich auch zu wenig gewichten. Wo wir uns einig sind, ist das Gleiche, das Mario auch noch einmal gesagt hat: Wir gehen davon aus, dass die Schulsozialarbeit in das Schulhaus gehört, also dort, wo die Schüler sind. Das finde ich auch wichtig. Es ist nicht nur etwas für die Lehrerschaft. Es ist auch für die Schüler und Schülerinnen. Wenn ich mir als Sozialarbeiterin vorstelle, ich hätte diesen Job, gehe ich davon aus, dass dies sehr anspruchsvoll ist. Wenn ich mir vorstelle, ich wäre im Stadthaus und ginge ab und zu ins Schulhaus, wäre mir dies als Sozialarbeiterin lieber. Ich stelle es mir einfacher vor, als wenn ich die ganze Zeit im Schulzimmer bzw. im Schulhaus wäre. Aber das ist ja nicht der Sinn der Sache. Ich denke wirklich, es ist wichtig, dass sie dort sind, gerade auch, wenn man im Bericht sieht, dass sie die grösste Akzeptanz im Sälischulhaus erhalten haben. Dort sind sie eben vorhanden gewesen. Es geht ja auch darum, dass die Schüler und Schülerinnen diese Leute auch kennen lernen. Jahresarbeitszeit ist kurz erwähnt worden. Das ist vielleicht nicht so wichtig. Aber da gehe ich also auch davon aus, dass man von Jahresarbeitszeit spricht. Ich nehme nicht an, dass sie arbeiten, wenn die Schulen geschlossen sind, sondern dass sie eben arbeiten, wenn die Schulen geöffnet sind und auch die Schüler und Schülerinnen da sind. Aber noch einmal: Wir gehen davon aus, dass die politische Diskussion im März laufen wird.

Candidus Waldispühl: Ich hätte noch ein Anliegen bezüglich der Vorlage, die im März kommen wird. Ich denke, wir haben einen schönen Bericht von der Fachhochschule erhalten. Aber eigentlich ist das Scheitern in diesem Sinne noch nicht analysiert worden oder es liegt wenigstens nicht für uns vor. Insofern habe ich einfach die Frage, was dann die Sicherheit macht, dass man, wenn man es das zweite Mal versucht, nicht wieder am Gleichen scheitert wie das erste Mal. Da würde ich sagen, von dem, was teilweise gesagt worden ist, sind ja irgendwelche Analysen vorgenommen worden von einzelnen von uns. Ob diese Analysen wirklich zutreffen, wäre dann noch zu fragen. Ich denke, es ist ja nicht unbedingt zu 100 % abhängig von diesen Personen, die hier gearbeitet haben, sondern es kann auch abhängig davon sein, wie das Projekt eingeführt worden ist. Darüber habe ich die Details nicht. Aber ich weiss, dass solche Projekte sehr, sehr heikel sind, die teilweise auch Ängste bei beteiligten Leuten auslösen und wenn man falsch vorgeht, ist das Projekt eben gescheitert, unabhängig davon, wie befähigt die Personen kommen, die nachher eingesetzt sind. Das wäre eine Frage an den Stadtrat. Gibt es irgendwie vielleicht noch öffentliche Informationen, nicht im Sinne, dass man dies jetzt an die Öffentlichkeit zieht, aber einfach im Hinblick, dass man seriös eine ganze Analyse hat, um dies das zweite Mal auch anders zu machen.

Christian Wüthrich: Im Sinne, wie ich gehört, wie es zustande gekommen ist, würde ich gerne den Stadtrat bitten, die Lesungen wieder einzuführen, wie es andere auch schon machen, wenn es halt sein muss zwei, damit man dann solche Berichte und Anträge effektiv nicht zerreisst und die Möglichkeit hat, auf bestehenden Daten zu diskutieren und zu politisieren.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Vorerst besten Dank für die Rückmeldungen aller Fraktionen. Ich möchte hier festhalten, dass es nicht irgend eine böse Absicht gewesen ist, dies hier zu diskutieren, sondern das Geschäftsreglement erfordert, dass man innert einer gewissen Zeit eine Antwort auf eine Frage geben muss. Diese haben wir gegeben. Insofern haben wir uns erlaubt, diese Verknüpfung zu machen und Euch frei zu überlassen, ob Ihr Euch hier äussern wollt oder nicht zu einzelnen Fragen. Ich denke, die Vorlage selber wird Auskunft geben. Betreffend zwei Lesungen: Vor zwei Jahren haben wir diesen Pilot gestartet. Dort ist diskutiert worden. Es geht jetzt eigentlich darum die Bereinigung des Konzeptes anzuschauen. Ganz unbekannt ist es nicht. Ob es hier jetzt zwei Lesungen braucht? Es geht auch darum, Anliegen, die jetzt hier tatsächlich vorgetragen worden sind, einzubringen, damit auch

eine politische Diskussion, gestützt auf Fakten, stattfinden kann. Zur Frage von Candidus: Es wird natürlich eine Analyse sein in diesem Bericht und Antrag, wo die entsprechenden Konsequenzen, Korrekturen begründet werden. Ich spüre aus allen Rückmeldungen heraus, jedenfalls mehrheitlich, dass man über die Schulsozialarbeit nicht nur reden will, sondern dass man sie offenbar auch als notwendig erachtet. Aber ich möchte jetzt nicht schon den Kaffeesatz lesen und sagen, wie die Vorlage aussieht. Für uns ist diese Diskussion wichtig gewesen. Wenn es nur kleine Punkte gewesen sind und zum Teil ganz wichtige Rückmeldungen in einem Satz, werden wir sie aufnehmen und versuchen, in eine Vorlage hinein zu arbeiten, die im März auch eine gute Diskussion ermöglicht und die keine zweite Lesung notwendig macht.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Bildung und Sport/Herrn Roland Giger
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2007

Akten-Nr. 19/0

Prot.-Nr. 49

Interpellation Ursula Amsler Celidonio und Lukas Derendinger (SP) und Mitunterzeichnende betr. Gender-Situation in der Stadtverwaltung/Beantwortung

An der Sitzung vom 27./28. September 2006 haben Ursula Amsler Celidonio (SP) und Mitunterzeichnende folgende Interpellation eingereicht:

„Auf Grund eines Studiums der Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung und des Personalreglements hat sich die SP-Fraktion zum Thema Gender gewisse Gedanken gemacht. Zurzeit werden die Direktionen der Stadt Olten (Bau, Finanzen und Informatik, Soziales, Stadtpräsidium und Sicherheit) ausschliesslich von Männern geleitet. Auch bei den Amtsleitungen sind die Frauen untervertreten. Im Personalreglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 15. November 2001, Kapitel 131, Art. 4, lit 2e und Art 8, lit 3 wird jedoch festgehalten, dass die Rechts- und Chancengleichheit für Frauen und Männer gewährleistet werden soll, insbesondere durch geeignete Massnahmen bei der Anstellung. Nun werden in absehbarer Zeit die Direktionen Finanzen und Informatik sowie Bildung und Sport infolge Pensionierung der jetzigen Stelleninhaber neu besetzt. Aus diesem Grund gelangt die SP-Fraktion mit folgenden Fragen an den Stadtrat:

- 1) Wie stellt sich der Stadtrat grundsätzlich zur Gender-Thematik?
- 2) Wie steht der Stadtrat zur oben erwähnten Situation in den Direktionen?
- 3) Welche konkreten Massnahmen werden ergriffen, um eine gerechtere Durchmischung zu erreichen?
- 4) Trifft es zu, dass in den unteren Lohnkategorien der Oltnen Stadtverwaltung vor allem Frauen beschäftigt sind?
- 5) Werden bei neuen Stellenbesetzungen gezielt Frauen gesucht, wenn ein Missverhältnis zwischen den Geschlechtern besteht?
- 6) Erhalten Männer und Frauen bei gleicher Anstellung und Anzahl Dienstjahren denselben Lohn?“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Vorbemerkung: *Gender* ist der Ausdruck für das soziale und anerzogene Geschlecht, also für die gesellschaftlichen und kulturell geprägten Rollen, Pflichten und Interessen. *Gender Mainstreaming* ist eine Strategie zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann und bedeutet, dass bei allen Handlungen und Projekten – und nicht nur in der Personalpolitik – die möglichen Auswirkungen auf Frauen und Männer geprüft und berücksichtigt werden sollen. Im Personalbereich verfolgt der Stadtrat in einem umfassenden Sinn das Prinzip der *Diversity*, der Berücksichtigung der Vielfalt und Verschiedenartigkeit der heutigen Welt. Dieses umfasst neben geschlechterspezifischen auch kulturelle und altersbedingte Unterschiede sowie die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie von der Interpellantin erwähnt, wurde der Gender-Thematik bereits im Personalreglement Rechnung getragen: Art. 4 Abs. 2 führt aus, die Personalpolitik solle „die Rechtsgleichheit für Frauen und Männer gewährleisten, die Chancengleichheit aus allen Ebenen fördern sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit erleichtern“. Ferner sollten Möglichkeiten für Teilzeitarbeitsplätze auf allen Ebenen geschaffen werden. Art. 8 regelt zudem, dass die Gleichstellung von Frau und Mann durch geeignete Massnahmen sicherzustellen sei; Qualifikationen aus nichtberuflichen Bereichen würden berücksichtigt. Art. 8 der Personalverordnung präzisiert dazu: „Bei der Festsetzung des Anfangslohns werden frühere Erfahrungsjahre angerechnet. Fach Erfahrung, Erfahrung in Betreuungs-, Familien- und Hausarbeit sowie ausserberufliche Tätigkeiten sind angemessen zu berücksichtigen. Ausschlaggebend für die Höhe der Anrechnung ist, wie stark die frühere Tätigkeit dazu beigetragen hat, dass sich die betroffene Person die für die neue Funktion notwendigen Fähigkeiten (fachliche und soziale) aneignen konnte.“ Der Stadtrat stellt sich selbstverständlich hinter diese auch von ihm genehmigten Regelungen und besteht auf deren Umsetzung.

2. Viele Kaderfunktionen sind heute durch langjährige Mitarbeitende besetzt. Die bestehende Situation hat sich zudem aus den jeweiligen Bewerbungseingängen bei Vakanzen ergeben: Auf Kaderstellen melden sich laut Auskunft der Leiterin Personaldienst in der Regel weniger Frauen oder dann solche ohne die notwendigen Qualifikationen. In früheren Zeiten waren auch schon zusätzliche Stellen im obersten Kader durch Frauen besetzt, so etwa der Rechtsdienst, die Finanzkontrolle oder das Rektorat. Erst kürzlich wurde der in Pension gehende Baukontrolleur durch eine Frau ersetzt. Bei den anstehenden Neubesetzungen ist der Stadtrat in dieser Frage völlig offen und stellt die Eignungsfrage über diejenige des Geschlechts.

3. und 5. Ausschlaggebend für die Personalauswahl sind die Qualifikationen und die Persönlichkeit einer Bewerberin oder eines Bewerbers. Bei gleichen Voraussetzungen wird auch die Gender-Thematik berücksichtigt. Eine Quotenregelung ist hingegen weder in den heutigen gesetzlichen Grundlagen enthalten noch vorgesehen. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Anwendung der bestehenden, unter Punkt 1 beschriebenen Regelungen wichtiger ist als weiterreichende Vorschriften, die in der Praxis wie viele andere umgangen werden können.

4. Die Situation präsentiert sich nach Hierarchiestufen zurzeit wie folgt:

	Frauen	Männer
Mitglieder Direktionskonferenz		
(Verwaltungsleiter, Stabsstellen Personal, Controlling, Recht)	11%	89%
Abteilungsleitungen	22%	78%
Schulleitungen	45%	55%
Übriges Personal	35%	65%

Die Annahme, dass in den unteren Lohnklassen vor allem Frauen vertreten sind, stimmt so nicht: In den aktuellen Lohnklassen 2 bis 5 (von derzeit 29) befinden sich vor allem die Mitarbeitenden des Werkhofs, die grossmehrheitlich männlichen Geschlechts sind. Die meisten der weiblichen Angestellten befinden sich in den administrativen Sachbearbeitungsfunktionen (Lohnklassen 6 bis 15) und im Sozialarbeitsbereich (Lohnklasse 12).

Im Detail sieht die Verteilung nach Lohnklassen wie folgt aus:

	Frauen	Männer
Lohnklasse 20+	20%	80%
Lohnklassen 15-19	21%	79%
Lohnklassen 5-14	43%	57%
Lohnklassen - 4	1%	99%

6. Bei der Bestimmung des Einstiegslohns wird im heutigen Lohnsystem kein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht. Noch klarer als das heutige System, in dem der Anfangslohn einem gewissen Ermessensspielraum unterworfen ist, ist das Lohnsystem, das in der Vorlage zur Besoldungsrevision dem Parlament im November erstmals vorgelegt wurde: Die Bestimmung der den Anfangslohn definierenden Berufsjahre ergibt sich aus der Differenz des Alters gemäss Jahrgang und der geforderten Ausbildung, ungeachtet der Tätigkeit (beispielsweise auch Familienarbeit), die in der Zwischenzeit ausgeübt wurde. Auch daraus wird ersichtlich, dass der Stadtrat der Gender-Thematik durchaus fortschrittlich gegenüber steht.

- - - - -

Ursula Amsler Celidonio: Ich danke dem Stadtrat auch im Namen von Lukas Derendinger für die Beantwortung der Interpellation über die Gender Situation in der Oltnen Stadtverwaltung und für die ausführliche Erklärung am Anfang, was Gender genau bedeutet. Ich komme jetzt zu einzelnen Punkten. Zu Frage 1 bestätigt der Stadtrat, dass er bei Neuanstellungen nach Artikel 4 Absatz 2 des Personalreglements vorgeht. Darin steht unter anderem, die Chancengleichheit soll auch durch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet werden. Jetzt stellt sich aber uns angesichts der Tatsache, dass in den Kaderstellen die Frauen massiv untervertreten sind, die Frage, ob die vorher genannten Voraussetzungen auch hier gelten. Wir können nämlich in der Antwort 2 lesen, dass sich auf Kaderstellenausschreibungen wenige Frauen oder solche mit zuwenig Qualifikationen melden. Das heisst, dass die männlichen Bewerber alle nötigen Bedingungen erfüllen. Das lässt jetzt aber den Schluss zu, dass sich deshalb keine Frauen melden, weil es an einer Kaderstelle gar schwer oder überhaupt nicht möglich ist, Familie und Beruf zu verbinden. Werden diese Stellen in diesem Fall gar nicht als Teilzeitstellen ausgeschrieben? Das ist unsere Vermutung. Frage 3, wo es gilt, die Schritte aufzuzeigen, die der Stadtrat zu unternehmen gedenkt, um eine gerechte Durchmischung zu gewährleisten, wird gar nicht beantwortet. Wir vermissen hier konkrete Massnahmen. Noch eine Bemerkung zur Beantwortung der Frage 4: Die Einteilung der Verdienenden erfolgt nach Lohnklassen. Genaue Zahlen fehlen. Wir überlegen uns nämlich, dass es ein Unterschied ist, ob es 20 % Frauen oder Männer in der obersten Kategorie hat – dort hat es wenige Leute – oder ob dies in den mittleren Kader vorkommt, wo es viele Leute hat. Was die männlichen Lohnbezüger bis und mit 4. Lohnklasse betrifft – also die Angestellten des Werkhofs – denken wir an die Putzfrauen, die im Stundenlohn und von auswärts angestellt sind, also sicher nicht mehr verdienen als die Stadtarbeiter. Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass bei uns der Eindruck entstanden ist, der Stadtrat unternehme noch nicht genug, damit in den obersten Lohnklassen etwas am Zahlenverhältnis Mann/Frau zu Gunsten der Frauen verändert wird. Selbstverständlich gehen wir hier immer von gleich gut qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber aus. In diesem Sinne sind wir von der Antwort des Stadtrates nur teilweise befriedigt. Wir behalten uns deshalb einen separaten Vorstoss zum Thema vor und bedanken uns.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Interpellantin und der Interpellant nur teilweise befriedigt sind. Wir haben dem nichts beizufügen. Das ist bei den Interpellationen immer etwa so. Was ich aber nicht im Raum stehen lassen kann, ist die Verbindung zwischen Frage 1 und 2. Das Paradebeispiel ist der Personaldienst, der durch eine Frau geleitet wird, eine alleinerziehende Mutter. Irgendwo muss ich mich schon langsam fragen, was eigentlich genau gefordert wird. Dann der Punkt mit dem Reinigungspersonal – ich höre auf mit Putzfrau, für uns ist dies Reinigungspersonal. Sie sind im Stundenlohn angestellt und nach der neuen Besoldungsrevision würden sie ins Lohnregulativ einbezogen, wie dies im Übrigen auch üblich ist. Das Gemeindeparlament hätte wahrscheinlich keine wahnsinnig grosse Freude, wenn der Stundenlohn einer Sekretärin gleich gross wäre wie derjenige eines Mitglieds des Reinigungspersonals, um dies bitte nicht falsch zu verstehen.

Ich möchte Folgendes vorschlagen: Bevor Vorstösse produziert werden, die Sachen beanspruchen, die auch einen Kreislauf auslösen. Wir haben in der Stadt – liebe Ursula, Du bist Mitglied – eine Kommission für Gleichstellung von Mann und Frau. Ich würde doch vorschlagen, dass diese Kommission sich dies zum Thema macht. Sie ist sinnigerweise beim Stadtpräsidium angesiedelt. Einladung an Frau Grütter zum Interview. Frau Grütter, welche diese Antworten im Übrigen gemacht hat, also unsere Personaldienstleitung in Zusammenarbeit mit uns allen im Präsidium, steht zur Verfügung. Dann hat man nachher die Antworten, die man haben möchte und kann dies nachher problemlos vielleicht mit einem Papier verteilt dem Parlament bekannt geben. Das wäre für mich ein gangbarer Weg und eine gute Aufgabe für unsere gute Kommission für Gleichstellung von Mann und Frau.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Freude habe ich bei der Lektüre der Antwort des Stadtrates am Wort Gender Mainstreaming. Ich glaube, das erste Opfer des Gender Mainstreamings ist der Bart des Stadtpräsidenten.

Christian Werner: Die SVP-Fraktion hat die Interpellation betreffend Gender-Situation in der Stadtverwaltung mit Befremden zur Kenntnis genommen. Der – ich sage jetzt einmal – 0815-SP-Vorstoss bringt nicht wirklich viel Neues. Die feministische Quotenpolitik stammt aus dem letzten Jahrhundert und wird von uns selbstverständlich nicht unterstützt. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass einzig Qualifikation und Eignung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die Personalauswahl ausschlagend massgebend sein kann. Zu zwei der einzelnen Fragen möchte ich kurz eingehen. Bei Frage 3 sind wir klar der Meinung, dass es, wenn schon, Sache der Gleichstellungskommission der Stadt Olten sein müsste, konkrete Massnahmen auszuarbeiten, weil der Auftrag der Gleichstellungskommission ja darin besteht, den Stadtrat im Bestreben zu unterstützen, die Gleichstellung der Geschlechter in der Gemeinde zu fördern. Wenn jetzt die Interpellantin als Mitglied dieser Kommission mit der Frage an den Stadtrat gelangt, welche konkreten Massnahmen der Stadtrat zu ergreifen gedenkt, frage ich mich schon, was dann diese Kommission effektiv macht. Frage 5 erachte ich als relativ heikel, weil die Frage ja indirekt die Forderung beinhaltet, bei neuen Stellenbesetzungen das Geschlecht zu einem relevanten Kriterium zu machen und genau dies wäre ja eben genau eine Verletzung der Rechts- und Chancengleichheit und auch des Diskriminierungsverbots. Mit der Beantwortung durch den Stadtrat ist die SVP-Fraktion zufrieden. Die Beantwortung zeigt uns klar, dass die Chancen- und Lohnungleichheit in der Stadtverwaltung gewährleistet ist. Wenn man dies jetzt sachlich analysiert, kommt man zum Schluss, dass der Auftrag der Gleichstellungskommission zumindest in Bezug auf die Chancen- und Lohnungleichheit innerhalb der Stadtverwaltung erfüllt ist und die Kommission damit ihre Berechtigung verliert. Nachholbedarf zeigt sich noch in der stark von der jeweiligen Branche abhängigen Lohnungleichheit in der Privatwirtschaft. Weil dort aber die Gleichstellungskommission überhaupt keine Einflussmöglichkeit und die Gleichstellung sowieso ein verfassungsmässiger Auftrag ist, wird die Kommission vollends überflüssig und könnte damit abgeschafft werden.

Armand Weissen: Ich glaube, wir brauchen heute Abend keine Simultanübersetzung. Ich versuche, etwas langsamer zu sprechen. Dass ausgerechnet ich heute Abend hier ein Wort sprechen darf, ist wahrscheinlich irgendwie Schicksal, stamme ich doch aus einer ganz kleinen Gemeinde im Wallis, Unterbäch, die am 3. März bereits das 50-jährige Jubiläum feiern wird, dass die Frauen zum ersten Mal an die Urne haben gehen dürfen. Wir haben dies miteinander diskutiert und zur Kenntnis nehmen müssen und sind überzeugt, dass der Stadtrat dies gut gemacht hat. Die Notwendigkeit haben wir gesehen, dass man dies einmal anspricht. Diesbezüglich haben wir dem Stadtrat volles Vertrauen geschenkt, dass dies auch richtig gehandhabt wird. Zudem müssen wir auch sehen, dass der Stadtrat genügend Parteifreunde der Interpellantin hat, dass man dies mit den richtigen Schalthebeln auch in die richtige Wege leiten kann. Persönlich finde ich diese Gender-Thematik absolut überholt. Wir sind auf einem gutem Wege einer ganz normalen und gegenseitig akzeptierten Gleichberechtigung. Wenn man sieht, was die Frauen in den letzten 30 Jahren erkämpft und erreicht haben, ist es eigentlich festzustellen, dass der Karriereweg der Frauen ja recht steil aufwärts

geht. Wenn es so weiter geht, liebe Männer, werden in wenigen Jahren die Büros für Frauenfragen geschlossen und neue Büros für Männer- und Väterfragen eröffnet. Vielmehr möchte ich den Frauen hier Mut und Zuversicht attestieren. Wir sind sicher, dass unsere Stadtverwaltung fortschrittlich ist und mit gleichwertigen Bewerbern die Vernunft vor den Genderzwang setzt. Die Genderthematik hat aber oftmals den faden Beigeschmack, dass in der Nachfolgegeschichte eine Quotenregelung folgt. Liebe Frauen: Habt Ihr es wirklich nötig, nur durch eine solche Regelung zum Besitzstand zu kommen? Das glaube ich nicht. Wenn genügend Bewerbungen für wichtige und vielleicht auch weniger wichtige, aber dennoch notwendige Arbeiten vorhanden sind, geht es in erster Linie um Fähigkeiten und diese haben Mann und Frau genau gleich. Aber nur einen Posten gezielt und massgeschneidert mit einer Frau oder allenfalls einem Mann zu besetzen, nur damit das Gleichgewicht der Geschlechter stimmt, ist absolut unnötig und wirtschaftlich ineffizient.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Danke, Armand, für diesen profilierten Einstand.

Candidus Waldispühl: Ursula, besten Dank für die Interpellation, die Du eingereicht hast. Die Grüne/Jungalternative hofft, dass bei den neu zu besetzenden Stellen im Minimum die Hälfte Frauen sind, um den Gesamtfrauenanteil in der Stadtverwaltung zu steigern, was gemäss der Analyse des Stadtrates ja wirklich dringlich ist. Die Benachteiligung der Frauen ist ein verbleibendes Problem unserer Gesellschaft, das noch länger grössere Anstrengungen verlangt, um eine echte Gleichstellung zu erreichen. Es gibt Verwaltungen – ich glaube, teilweise in Basel – welche die Anstellungen anonym durchführen, um die Ungerechtigkeit möglichst auszuschalten. Aber auch dann verbleiben mindestens noch zwei Probleme, die bewusst an die Hand genommen werden sollten. Erstens: Die Stellenbeschreibungen sind vorwiegend durch die Männer gemacht und spiegeln natürlich auch auf Männer zugeschnittene Rollen wider. Der andere Punkt ist, dass zunehmend beklagt wird, dass sich nicht genügend qualifizierte Bewerberinnen melden. Zum einen gibt es einfach zuwenig Frauen mit gewissen Berufsausbildungen. Diese Gründe müssten ebenso analysiert werden. Ich kenne ja zum Teil Ausbildungen, wo nur 5 % Frauen sind. Die Gründe sind völlig klar, weshalb dies der Fall ist. Zum anderen ist es möglicherweise so, dass der Arbeitgeber zu wenig attraktiv ist. Oft fehlen frauenfreundliche Infrastrukturen, die gerade Frauen genügend Möglichkeiten geben, eine Teilzeitarbeitsmöglichkeit auszuführen oder auch Kinderhorte, die machen, dass eben Frauen, die Familie haben, diese Posten ausführen können. Es ist ein schöner Leistungsausweis, dass zwei unserer Stadträte und Stadträtinnen Frauen sind. Aber es ist zu sagen, dass es für Frauen zuweilen immer noch hart durchzustehen ist, wenn sie in einer Vorgesetztenposition sind. Ich möchte hier erwähnen, dass ich kaum annehme, dass die Untergebenen von Doris Rauber die gemachten Vorwürfe so gemacht hätten, wenn an ihrer Position ein Mann gewesen wäre. Um wirklich die verschiedenartigsten Ungerechtigkeiten zu entdecken, braucht es vor allem für uns ein Männer einen längeren Sensibilisierungsprozess. Ich möchte aus diesen Gründen eigentlich zwei konkrete Massnahmen zu Frage 3 vorschlagen, von denen ich denke, der Stadtrat könnte sie unternehmen und die der Baustein sein könnten, um einen Schritt weiter zu kommen. Erstens: Dass in diesen Anstellungsteams genügend Frauen vertreten sind und zwar nicht nur in der Rolle einer Protokollführerin. Zweitens: Dass der Stadtrat für das Kader der Stadtverwaltung eine Weiterbildungsveranstaltung durchführen würde, um diese Genderproblematik einmal näher zu analysieren und sich zu sensibilisieren.

Caroline Wernli Amoser: Die ganze Gender-Diskussion ist eigentlich nicht mein Thema, aber ich so, wie das Diskussion jetzt hier läuft, kann ich es trotzdem nicht ganz lassen, mich halt auch noch zu äussern. Ich habe etwas Mühe. Ich habe auch etwas Mühe, wie der Vorstoss schliesslich zerrissen wird. Die SVP plant offenbar, einen neuen Stil einzuführen. Im Moment lassen wir uns noch nicht auf dieses Niveau ein. Aber wenn Ihr es braucht, hoffe ich, es geht Euch besser dabei. Ich habe wirklich etwas Mühe. Der CVP muss ich einfach empfehlen: Vielleicht wäre es gut, Ihr würdet einmal an eine nationale Parteiversammlung Eurer Partei gehen und vielleicht einmal Doris Leuthard zuhören. Vielleicht könntet Ihr dort

auch noch etwas lernen. Ihr solltet sie ja näher kennen als ich. Ich kenne ihre Meldungen nur aus dem Radio, was mich sehr beeindruckt hat. Ob dies jetzt der geschickteste Zeitpunkt gewesen ist oder nicht, aber der Inhalt bleibt sich ja gleich. Dann denke ich, dass es grundsätzlich eine Frage ist. Wie gesagt, ist es an und für sich nicht mein Thema, aber die Männer sind halt auch dazu aufgerufen, auch zu Teilzeitarbeit bereit zu sein, damit auch die Frauen Teilzeit arbeiten oder allenfalls auch Kaderfunktionen übernehmen können. Das hat jetzt nichts mit der Stadt in diesem Sinne zu tun. Das ist ein gesellschaftliches Problem. Aber so ist es ja jetzt ansatzweise auch diskutiert worden. Deshalb sage ich dies jetzt hier auch.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte nur zu einem Punkt etwas sagen, einem, der mir auch etwas komisch aufgestossen ist. Da muss ich ganz ehrlich sein. Das ist bei Frage 2 der Beantwortung, die Auskunft der Leiterin Personaldienst, die gesagt hat, es melden sich in der Regel weniger Frauen - das kann ich noch nachvollziehen - und "dann solche ohne die notwendigen Qualifikationen". Das hat mich insofern erstaunt, weil ich vorher per Zufall auch gerade solche Gespräche mit unserem Personaldienst bei der SBB geführt habe, die sehr viele, auch Kader, anstellen. SBB Infrastruktur ist ein Betrieb mit neuneinhalbtausend Mitarbeitern. Dort kommt aber etwas ganz anderes hinüber. Dort heisst es eher, dass eben die Ausschreibung der Stellen auch ganz unterschiedlich wahrgenommen wird, dass man eben zum Beispiel bei einer Stellenausschreibung mit zehn Kriterien in der Regel Männer bekommt, nachdem sie zwei Kriterien erfüllt haben und Frauen in der Regel warten, bis sie neun Kriterien erfüllen, bis sie sich überhaupt melden. Das ist auch eine Sicht auf die Realität und dem wird eben - wie es Candidus gesagt hat - möglicherweise ein Stück weit zu wenig Rechnung getragen. Wenn man heute auch diese Stelleninserate liest, muss ich ganz ehrlich sein, kann eigentlich die Erwartungen, die heute in diesen Stellen vorgegeben werden, niemand erfüllen. Das heisst, man setzt eigentlich schon voraus, dass man nur zwei, drei Kriterien wirklich erfüllt und schliesst damit die Frauen brutal schon aus. Das ist jetzt einfach eine Erfahrung des Personaldienstes SBB.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Stadtpräsidium/Herrn Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir sehen uns am 22. März wieder. Ich wünschen unseren Schulkindern nächste Woche ein ganz schönes Schullager, Euch schöne Winterferien und eine ganz tolle Fasnacht. Schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.